

20. DGB-Bundeskongress

1. Tag – Sonntag, 11. Mai 2014

(Beginn des Kongresses: 11.00 Uhr)

(„Imagine“ von John Lennon - Musikalische Umrahmung „Polkaholics“ - Beiträge Rainer Pause und Uwe Steimle - Lebhafter Beifall)

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

(Mit Beifall begrüßt)

Verehrte Delegierte! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fast 65 Jahren, am 12. Oktober 1949, trat das erste Parlament der Arbeit in München zusammen. Einen Tag später gründeten die 487 Delegierten aus, wie es damals hieß, allen Einzel- und Industriegewerkschaften Westdeutschlands in einem feierlichen Akt ihren Dachverband, den Deutschen Gewerkschaftsbund. Heute eröffnen wir, die 400 Delegierten dieses Kongresses, der DGB-Bundesausschuss mit zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland das 20. Parlament der Arbeit. Es steht auch dieses Mal unter dem Motto: Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das sind die Werte, für die die Organisationen der Arbeit, für die die Gewerkschaften eintreten.

Herr Bundespräsident, es ist uns eine Ehre, dass Sie unser 20. Parlament der Arbeit mit einer Ansprache eröffnen werden. Nach Ihnen wird Klaus Wowereit sprechen. Herr Bundespräsident, Sie haben das Wort. (Beifall)

Joachim Gauck, Bundespräsident

Lieber Herr Sommer! Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Guten Morgen hier im 20. Parlament der Arbeit und zunächst herzlichen Glückwunsch zu diesem runden Jubiläum. Hat jemand die Anträge gezählt, die seit der Gründung 1949 - eben von Ihnen erwähnt, Herr Sommer - von diesem Gremium formuliert worden sind? Oder die Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Eingang in die Gesetzblätter fanden?

Ich weiß es nicht, aber ich bin sicher: Es waren viele und sie haben das Leben sehr vieler Menschen in unserem Land ganz konkret verändert.

Kein Zweifel: Dieser Bundeskongress gibt Anlass zu einer dankbaren Rückschau. Aber er steht auch für eine Zäsur. Er fällt genau in das Jahr, in dem die Politik auf Kernanliegen deutscher Gewerkschaften eingeht und sie nun in Gesetze gießen will, darunter der flächendeckende Mindestlohn.

Außerdem findet dieser Kongress in einem Umfeld weiterer bedeutender Richtungsentscheidungen statt. Natürlich denke ich dabei auch an die Europawahl, aber ich denke auch an die bundesweiten Betriebsratswahlen und nicht zuletzt an den Führungswechsel bei Ihnen im DGB. Lieber Herr Sommer, nun ist es so weit: Der Abschied rückt in greifbare Nähe. Ich möchte die vielfache Anerkennung, die Sie in diesen Tagen hören, gern bekräftigen, für Sie persönlich, aber auch für viele, viele andere hier im Saal. In Zeiten von Umbruch, Aufbruch und Wandel ist es bekanntlich hilfreich, sich auf das Erreichte zu besinnen.

Danke, lieber Herr Sommer, für Ihre Hingabe und Ihre Hartnäckigkeit, für Ihre Weitsicht und auch für Ihre Kompromissbereitschaft, wenn sie nötig wurde - kurz: Danke dafür, dass Sie mit Ihrer guten Arbeit der guten Arbeit von Millionen Menschen in Deutschland zu Respekt und Anerkennung verholfen haben. (Beifall)

Das mit dem Ruhestand nehmen Sie nicht allzu wörtlich. Der „Vereinsvorsitzende“ eben hat Ihnen ja schon einiges nahegelegt. Sie haben der Öffentlichkeit schon vorab verkündet, Sie würden den Mund halten, Sie hielten es nicht für fair, sich weiter einzumischen. Aber irgendwie, Herr Sommer, würde es uns doch fehlen, wenn Sie gar nichts mehr sagen würden. Das geht auch nicht. (Beifall)

Mein Dank gilt aber auch Ihnen, liebe, sehr verehrte Delegierte. Natürlich muss ich Michael Sommer zuerst ansprechen. Selbstverständlich gilt der Dank des Bundespräsidenten auch Ihnen, nämlich für die ungezählten Stunden, die Sie als Haupt- oder Ehrenamtliche tätig waren und die auch hier im Parlament der Arbeit geleistet wurden. Bitte tragen Sie meine große Wertschätzung hinaus in all die Mitgliedsgewerkschaften des DGB, und zwar auf alle Ebenen und zu allen aktiven Gewerk-

schafterinnen und Gewerkschaftern, sei es im Betriebsrat in ihrem Unternehmen, als Projektleiterin in der Jugendarbeit, als Gewerkschaftsvertreter bei der Rentenversicherung oder etwa als Aufsichtsratsmitglied in einem globalen Konzern.

Gewerkschaftsarbeit hat - Sie wissen das besser als ich - viele Facetten und sie hat auch eine bewegte Vergangenheit, vor allem bei der demokratischen Emanzipation unseres Landes. Darauf möchte ich jetzt den Blick richten.

Wenn wir zurückblicken auf das Parlament der Arbeit, auf all die Jahrzehnte nach 1949, als die Mitbestimmung, die Tarifautonomie und die Sozialpartnerschaft verankert wurden, bekommen wir wahrlich großen und tiefen Respekt vor der Arbeit der Gewerkschaften im freien Deutschland.

Aber wir blicken auch noch weiter zurück in eine historische Dimension. Die deutsche Gewerkschaftsgeschichte umfasst ja inzwischen mehr als 150 Jahre. Und was ist sie? Sie ist eine Chronik der Selbstbefreiung in Etappen. Am Anfang ging es um ganz Existenzielles, um das Recht darauf, Koalitionen und Vereine zu gründen, um die Absicherung etwa bei Unfall oder Krankheit, um nicht gleich in völlige Armut abzurutschen - kurz um etwas, was wir heute Teilhabe, Vorsorge, Fürsorge nennen.

Damals erschien manchem Zeitgenossen das Verhältnis von Arbeit und Kapital als systembedingter und nur durch eine Revolution zu überwindender Antagonismus. Die Gewerkschaften wuchsen dann aus Widerstand und Verbrüderung und sie kanalisiert den Aufruhr in gemeinsame Aktionen. Sie bezogen ihre Kraft aus dem millionenfachen Aufbegehren gegen Ausbeutung, Diskriminierung und Rechtlosigkeit.

Das hatte natürlich Antworten zur Folge und die waren oftmals sehr rigoros. Bismarck mochte sie nicht, die Gewerkschaften, er ließ sie verbieten, Hitler ließ sie gleich zerschlagen. Diese frühen Brüche kosteten Gewerkschaften nicht nur Einfluss, sondern oftmals auch Menschenleben.

Einige von Ihnen hier im Saal, so auch ich, haben später eine andere Zeit erlebt, in der ein sogenannter Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, kurz: FDGB, existierte, ein verlängerter Arm der Einheitspartei SED, der bekanntlich alles andere als frei war. Auch in dieser Phase hätte eine unabhängige Gewerkschaft eine potenzielle Bedrohung für das Regime dargestellt. Linientreue Kader wussten das immer zu verhindern. Sie hatten Angst vor der Kraft, die der Mut entfachen kann, Angst vor einer Solidarność, die die Verhältnisse ins Wanken bringt, ungeachtet der persönlichen Risiken für die Freiheit.

Wer sich die großen Opfer vor Augen führt, die überzeugte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Zeiten der Repression bringen mussten, der wird erkennen: Wirtschaftsdemokratie, betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung und der Interessenausgleich der Sozialpartner sind ein kostbares Gut. Unsere Kompromisskultur ist mühsam errungen und auch in den jüngsten Jahrzehnten immer wieder neu justiert worden. Diese historische Leistung möchte ich voranstellen, nicht allein deshalb, weil wir ein Jubiläum im Parlament der Arbeit begehen. Die Rolle der Gewerkschaften in der deutschen Geschichte offenbart für mich den Kern dessen, was ihren besonderen Wert ausmacht. Freie Gewerkschaften sind ein wesentlicher Teil der Demokratie. Sie ermächtigen zur Teilhabe. (Beifall) Freie Gewerkschaften versetzen Arbeitnehmer in die Lage, ihre Interessen zu artikulieren, zu bündeln und erfolgreich einzufordern, sei es durch Verhandlungen oder auch durch Streik, vom Arbeitsschutz bis zum Tarifabschluss. Freie Gewerkschaften und freie Gesellschaft sind für mich untrennbar miteinander verbunden. (Beifall)

Wo es freie Gewerkschaften gibt, gelingt oft sogar das, was lange unerreichbar erschien, die einseitige Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht einzugrenzen, verkrustete Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft aufzubrechen und Räume zu eröffnen für eine Kraft des Ausgleichs. In Deutschland haben wir dafür einen Namen: soziale Marktwirtschaft.

Als ich die soziale Marktwirtschaft endlich aus der Nähe kennenlernte, in den Neunzigerjahren, begann gerade die Zeit, in der die Gewerkschaften vielstimmig totgesagt oder auch totgeschrieben wurden. Von Dinosauriern war damals spöttisch die Rede, für die kein Platz mehr sei angesichts der dynamischen Wirtschaftsprozesse in der Globalisierung. Rationalisierung, Digitalisierung, Flexibilisierung - das waren die Stichworte. Gewerkschaftsarbeit und gewerkschaftliches Engagement galten irgendwie als altmodisch, als uncool. Tja, das war damals.

Wettbewerbsdruck neuer Art stellte die Versprechen der Sozialpartnerschaft damals auf eine harte Probe. Nach der Euphorie der deutschen Einheit folgte für die meisten Gewerkschaften eine Talsohle der Ernüchterung. Mit den Mitgliedern schwanden damals auch Einnahmen. Bald stand der DGB vor der Frage: Wie weiter? Zum Milleniumswechsel zeigte sich die Mehrheit der Beobachter einig in dem Urteil: Die Ära der Massenorganisationen ist vorbei. Ob es nun Gewerkschaften, Parteien oder Kirchen waren, ihre Erosion galt als unaufhaltsam, weil mit dem Siegeszug der Individualisierung genau jene Voraus-

setzungen rar wurden, die traditionellen Institutionen einst geholfen hatten zu erstarken: gemeinsame Ideale, gemeinsame Ziele und kollektives Handeln. Solidarität schien ihren Ankerplatz in unserer Gesellschaft damals fast verloren zu haben.

Und nun der Blick auf heute. Es freut mich, meine Damen und Herren, dass Sie in den vergangenen Jahren wieder einen regeren Zulauf, auch Mitgliederzuwachs, von jungen Menschen zu verzeichnen haben. Allerdings würde es zu kurz greifen, die Zukunft allein an solchen Zahlen festzumachen. Die Schlüsselbegriffe in der einschlägigen Gewerkschaftsliteratur heißen Transformation und Revitalisierung. Dem DGB wird Offenheit für den Wandel abverlangt, zugleich setzt er auf traditionelle Forderungen, wie schon die Überschrift dieses Kongresses zeigt: Arbeit - Solidarität - Gerechtigkeit. Das klingt vertraut.

Das führt mich zu den wichtigsten Fragen nach der künftigen Entwicklung. Welchen Grundsätzen können und müssen Gewerkschaften verpflichtet bleiben? Wo wird ihr Selbstbild besonders herausgefordert? Wo werden Veränderungen vielleicht sogar unausweichlich sein, wenn die gesellschaftliche Bedeutung von Gewerkschaften erhalten bleiben soll?

Lassen Sie mich mit dem Grundsätzlichen beginnen, mit dem Markenkern. Da bin ich zuversichtlich. Gewerkschaften werden auch künftig eine bedeutende Rolle in der sozialen Marktwirtschaft spielen, nicht weil Globalisierung, Rationalisierung, Digitalisierung oder Flexibilisierung weniger wirkmächtig sind, sondern weil wir lernen und lernen müssen, neu damit umzugehen. Natürlich leben und arbeiten wir heute individualistischer als früher. Aber wir wissen auch, dass die Übernahme von Verantwortung für das Große und Gemeinsame weiterhin nur gelingen kann, wenn wir Bündnisse schließen, seien sie auch von neuem Format. Nur mit Bündnissen lässt sich die Ohnmacht des Einzelnen verhindern. Ein weiterer Grund für meine Zuversicht.

Gerade Sie, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, haben gezeigt, dass Sie die Interessen von Arbeitnehmern in Zeiten des Umbruchs verteidigen können. Sie haben Erfolge vorzuweisen. Sie haben dabei auch gesamtgesellschaftliche Verantwortung bewiesen und Lösungen zur Sicherung der Beschäftigung gewonnen. Maßvolle Lohnabschlüsse sind eben von Zeit zu Zeit gesamtgesellschaftlich nützlich. Flexible betriebliche Vereinbarungen und Kurzarbeit, nicht nur im Krisenjahr 2008, sondern auch in den vielen Jahren davor und danach, sprechen eine eigene Sprache der Verantwortung über den Kernbereich dessen hinaus, was für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erlangen ist.

Es ist nicht immer leicht, allen Mitgliedern klarzumachen, dass Zugeständnisse langfristig für die gesamte Belegschaft, sogar für die Gesellschaft insgesamt von Vorteil sein können. Aber wir brauchen diese Form der Verantwortung weiterhin. Wenn wir uns unsere Gewerkschaften im europäischen Vergleich vor Augen führen, dann sehen wir, dass wir mit diesem Ansatz nicht erfolglos, sondern erfolgreich waren. Für diese Ergebnisse dürfen ruhig auch Dankbarkeit und Stolz entstehen. (Beifall) Indem diese Politik verfolgt wurde, dass man Partikularinteressen für seine Mitglieder vertritt, aber sie gleichwohl nicht überdehnt, haben wir bewiesen, dass wir beides sein können: verantwortungsbewusste Staatsbürger und tatkräftige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Nun komme ich auf ein relativ neues Problem, das darin besteht, dass es mitunter auch zur Entsolidarisierung im Bereich derer kommen kann, die eigentlich zusammen stärker sind. Das geschieht gelegentlich in unseren Betrieben und Unternehmen. Es kann dann zu einer Beschädigung unseres bewährten deutschen Modells kommen, indem einzelne Berufsgruppen ihre Schlüsselstellung missbrauchen, um Eigeninteressen gegen Gemeininteressen durchzusetzen. Das wird uns noch eine Zeit lang begleiten und ich sehe auch noch nicht völlig, wie der Konflikt gelöst werden kann.

Die Debatte um eine vernünftige Tarifordnung wird auch auf diesem DGB-Kongress geführt werden. Ich verfolge Ihre Diskussion mit großem Interesse, davon können Sie ausgehen. Über gesamtgesellschaftliche Verantwortung spreche ich übrigens nicht nur hier beim DGB. Diesen Schlüsselbegriff verwende ich in vielen meiner Reden - Sie werden ihn finden, wenn Sie nachlesen -, zum Beispiel im vergangenen Herbst bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände oder im Januar beim 60. Jubiläum des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg oder jüngst beim Bankentag. Dort werde ich immer auch auftreten mit dem Verweis darauf, dass Verantwortung sich nicht nur darstellt bei der Förderung und Sicherung eines möglichst hohen Bilanzgewinns, sondern dass es darüber hinaus Verpflichtungen gibt, die zu unserer gesamten demokratischen Gesellschaft gehören. Wir brauchen einen erweiterten Verantwortungsbegriff, wenn wir unsere Demokratie zukunftsfähig machen wollen. (Beifall)

Vielleicht sollte ich erzählen, dass ich mit Besuchern aus dem Ausland - es sind ja oft Präsidenten im Schloss Bellevue zu Gast - oder auf Reisen mit Delegationen in fremde Länder oft über den Bereich Wirtschaft, aber auch über Gewerkschaften und über soziale Marktwirtschaft rede, gerne rede. Denn ich finde, dass wir hier und im Norden Europas wunderbare Vorbilder für viele Regionen der Welt darstellen können, in denen noch Ausbeutung und bitterste Armut herrschen. Deshalb werde ich oft gefragt: Wie ist das überhaupt gelungen, wie seid ihr überhaupt auf diese Sozialpartnerschaft gekommen? Und wa-

rum finden sich in diesem deutschen Modell die Akteure in einer Weise zusammen, die all diejenigen verwundert, wo es unversöhnliche Gegensätze gibt? Das gibt es übrigens auch in Europa.

Natürlich muss man bei solchen Vergleichen nicht alles pauschalisieren. Das wäre vermessen. Zu unterschiedlich sind die kulturellen Kontexte und die strukturellen Unterschiede, in denen Gewerkschaftsarbeit in Europa und weltweit tatsächlich stattfindet. Gleichwohl versuche ich immer, die Stärken unseres Modells nachvollziehbar zu machen. Einer der wichtigsten Punkte in meinen Augen: Unser Modell ist eben nicht von oben verordnet, sondern es ist seinerzeit von unten gewachsen, und es ist Ergebnis eines langen und von der Basis getragenen Prozesses, Rückschläge inklusive. Dabei festigte sich die Einsicht: Blockade ist manchmal - selten, selten - nötig, aber es ist die Ultima ratio. Denn Konfrontation als Dauerzustand wird meistens sehr teuer für alle Beteiligten, auch für die Gesellschaft.

Deutschland liegt also nicht zufällig am Ende internationaler Streikstatistiken. Kein Gewerkschafter hier im Raum muss sich deswegen schämen; denn wir können Ergebnisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande vorzeigen.

Allerdings: Wenn es um erreichte Erfolge für die arbeitenden Menschen geht, liegen die deutschen Gewerkschaften - das versuchte ich eben ganz deutlich auszudrücken - sehr weit vorn. Die meisten Menschen erleben, dass Kompromisse beiden Seiten gerecht werden. Das klingt einfach. Die Umsetzung im Alltag bringt aber hohe Ansprüche mit sich, wie wir alle wissen, und sehr stresshafte Verhandlungen. Da merken wir: Es gibt auch Streitformen, die erforderlich sind. Solange es uns gelingt, in einem demokratischen Kontext zu gestalten, wie dieser Streit endet - in einem konstruktiven Ergebnis -, so lange lasst uns ruhig streiten, wenn es nötig ist.

Ich habe gehört, dass auch der DGB häufig von Partnern aus anderen Teilen der Welt, insbesondere aus europäischen Staaten, gebeten wird, die Praxis des sozialpartnerschaftlichen Miteinanders zu erläutern, etwa unsere Form der betrieblichen Mitbestimmung. Unsere Erfahrungen stoßen offenbar auf Interesse und auf Wertschätzung, auch dort, wo sie noch nicht direkt übernommen werden. Ich glaube aber, der DGB kann den alten Niedergangspantasien heute sehr viel Konkretes entgegenzusetzen.

Revitalisierung hatte natürlich ihren Preis. Die immensen Anstrengungen der organisatorischen Neuaufstellung der Gewerkschaften Anfang des Jahrtausends haben Sie weit besser in Erinnerung als ich, sicher auch die schmerzhaften Auseinandersetzungen um gesellschaftspolitische Neuerungen wie Agenda 2010. Nun ist die Transformation der Märkte, ebenso die Anpassung nationaler Rahmenbedingungen bekanntlich weiterhin im Gange. Veränderungsbedarf, wohin man auch schaut. Etliche Themen werden Sie im Laufe dieses Kongresses aufgreifen, etwa den globalen Handel, die Ausgestaltung der Energiewende, den Umgang mit Flüchtlingen oder die Zukunft der Pflege. Diejenigen, die einst als Dinosaurier tituliert wurden, sind heute vitale Teilnehmer des politischen Diskurses und der Gestaltung.

Beim Arbeitgebertag damals habe ich gesagt: Arbeitgeber geben mehr als Arbeit. Kein Zweifel. Heute sage ich hier analog: Gewerkschaften verhandeln mehr als Lohn. (Beifall) Besonders deutlich wird dies für mich bei Ihrem Antrag mit dem Titel „Leitlinien für gute digitale Arbeit“, der vielen Arbeitnehmern sicher aus dem Herzen spricht. Gibt es ein Recht auf Nichterreichbarkeit außerhalb der regulären Arbeitszeit? Was kann „regulär“ angesichts der verschwimmenden Grenzen analoger und digitaler Arbeit eigentlich noch bedeuten? Wie muss der Arbeitsschutz daran angepasst werden? Oder der Datenschutz? An solchen Diskussionen zeigt sich für mich, dass die deutschen Gewerkschaften verstehen, worum es in diesem Jahrtausend der Vielfalt, der Vernetzung und der Ambivalenz eigentlich geht.

Was bedeutet all das nun für den aktuellen Umbruch und Aufbruch, von dem ich eingangs sprach? Ich will Ihren Debatten im Einzelnen natürlich nicht vorgreifen, aber ich möchte drei aus meiner Sicht besonders signifikante Schwerpunkte der Veränderung aufgreifen, man könnte auch sagen: Kristallisationspunkte für ein künftiges Selbstbild.

Das erste Thema - es ist gerade schon angeklungen -: Die Arbeitswelt ist nicht nur immer vielfältiger geworden, sondern auch schnelllebiger, wechselhafter, unübersichtlicher, Tendenz weiter steigend. Diese Entwicklung steht natürlich im Kontrast zum klassischen Bild des Gewerkschaftsmitglieds. Lange war das statistisch betrachtet ein Mann, vollbeschäftigt und mit guten Aussichten, von der Ausbildung bis zur Rente im gleichen Betrieb zu verbleiben. Heute stellt sich die Frage: Wie gelingt es Gewerkschaften, Arbeitnehmer mit höchst unterschiedlichen Erwerbsbiografien zu erreichen? Wessen Interessen wollen bzw. können sie vertreten? Ganz praktisch formuliert: Wie kann man dem gestandenen Facharbeiter, der per Abendstudium in das Management aufsteigt, aber zugleich auch der jungen Ingenieurin, den Minijobber oder der Allein-erziehenden gerecht werden?

In Ihrem Antrag für eine neue Ordnung der Arbeit haben Sie, verehrte Delegierte, eine Fülle dieser Aspekte aufgegriffen. Was darüber hinaus viele Betroffene umtreibt: Haben auch die Interessen der Menschen ohne Arbeitsplatz genügend Raum auf der Gewerkschaftsagenda? In Zeiten robuster Beschäftigungszahlen gerät dieser Punkt schnell in den Hintergrund. Irrelevant ist er dennoch natürlich nicht.

Hinzu kommt außerdem die Generationenfrage. Sind die Gewerkschaften darauf vorbereitet, die Lobby der Lebensälteren, einer deutlich wachsenden Gruppe, und die Anliegen der Jugend auszutarieren? Eine wirklich große Aufgabe. Denn in jedem unserer Gremien wie in der ganzen Politik bildet meine Alterskohorte schnell die Mehrheit. Hier Solidarität zu beweisen, erfordert manchmal Mut und Engagement und Tatkraft und Entschlossenheit. Ich wünsche mir das gerade auf diesem Felde, wo wir unsere Gesellschaft in der Zukunft zu gestalten haben. (Beifall) Ja, es ist der zweite Kristallisationspunkt. Für mich ist das mehr als ein Seitenthema. Ich sehe den demografischen Wandel als zweiten Kristallisationspunkt für Veränderung. Man denkt immer: Wenn man die Formel hat, hat man das Problem schon beseitigt. Aber Pustekuchen. Denken wir nur an die kommenden Wahlen. Wem wird man wohl mehr versprechen? - Ich merke, ich komme von meinem Konzept weg. Das sollte ich lieber nicht tun. Sie merken aber, wie sehr ich mir als Großvater und Urgroßvater Sorgen um die mache, die mir aus dieser Generation nahe stehen, nicht nur als Urgroßvater, natürlich auch als Präsident. (Beifall)

Das war jetzt vielleicht ein bisschen offener, als es sein sollte. Aber in den vergangenen Jahren habe ich landauf, landab erlebt, dass das ein Thema ist, das alle Menschen angeht, alle betrifft, ganz besonders die jungen. Ich finde, es wird nicht intensiv und entschieden genug debattiert. (Vereinzelt Beifall)

Ich habe aber das Gefühl, dass es sich lohnen würde, die Größe der Herausforderung durch den demografischen Wandel wahrzunehmen und die Suche nach Best-Practice-Projekten zu intensivieren.

Die neue Balance, meine Damen und Herren, nach der wir suchen müssen, betrifft deutlich mehr als das diskutierte Rentenalter. Generationengerechtigkeit hat neben der materiellen auch eine soziale und eine moralische Komponente. Halten wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von morgen, jenen, die noch nicht geboren sind und für ihre eigenen Belange eintreten können, tatsächlich alle Chancen für eine gute Zukunft offen, oder leisten wir gar einer Entsolidarisierung der Generationen Vorschub?

Einmal mehr sollten wir uns bewusst machen: Wir brauchen nicht nur verantwortungsbewusste Eliten, sondern auch eine Gesellschaft von Bürgern, die über eine Legislaturperiode, ein Lebensalter über die eigene Betroffenheit weit, weit hinaus denken, Menschen, die sich wirklich zuständig fühlen für die Zukunft kommender Generationen.

Nun der dritte Punkt, den ich hier aufgreifen möchte. Er betrifft eine andere Art der Ausdehnung gewerkschaftlichen Handelns; es ist die geografische Reichweite. Einen internationalen Wirkungsanspruch haben Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger schon früh artikuliert. Aber eine so hohe Zahl international verknüpfter Produktionsketten oder einen vergleichbaren Grad an sonstiger weltweiter Vernetzung hat es bisher noch niemals gegeben. Der Wert der Arbeit und die Würde des Menschen sind im Zeitalter der Globalisierung mehr denn je über Grenzen hinweg zu verteidigen.

Nehmen wir die Europäische Union. Sie ist zur neuen Selbstverständlichkeit, zum gemeinsamen Arbeitsmarkt geworden. Millionen Menschen profitieren davon. Manches bereitet dabei allerdings Sorgen. Nicht nur die Stipendiaten aus Spanien oder Ingenieure aus Polen kommen nach Deutschland, sondern auch europäische Bürgerinnen und Bürger aus teilweise prekären Verhältnissen, getragen von dem Wunsch, ihrer Familie ein besseres Leben zu ermöglichen, und bereit, dafür weit schlechtere Konditionen in Kauf zu nehmen, als sie üblicherweise in Deutschland ausgehandelt werden. Wir wissen, dass mit dieser Arbeitsmigration Grauzonen entstanden sind, nicht nur in Deutschland, und Fälle von Missbrauch.

Ich könnte jetzt eine Reihe von ungelösten Problemen ansprechen. Ich möchte jedoch lieber ein Beispiel auswählen, das in der schwierigen Debatte Mut macht:

Die Arbeit auf deutschen Schlachthöfen – Sie erinnern sich: oft in den Medien hin und her besprochen – ist inzwischen tatsächlich tariflich geregelt worden und das nicht zuletzt, weil unsere Gewerkschaften die unhaltbaren Zustände immer wieder thematisiert haben. Danke dafür. (Beifall)

Was lehrt uns das? Es lehrt uns, nicht den Kopf hängen zu lassen. Veränderung ist machbar. Der Mechanismus ist seit 150 Jahren der gleiche. Veränderung gelingt, wenn Empörung in Aktion kanalisiert wird. Ich bin dem DGB für alle Projekte dankbar, die sich mit Fehlentwicklungen konstruktiv auseinandersetzen, sei es als Forschungsaufgabe oder als Aufklärungskampagne. Wenn es zum Beispiel gelingt, Grauzonen zu beschreiben und vor Risiken zu warnen, den Zuwanderern ihre Arbeit-

nehmerrechte zu erklären, ihnen den Rücken zu stärken und damit Ausbeutung zu verhindern, dann haben wir viele und gute gewerkschaftliche Arbeit geleistet.

Das DGB-Projekt „Freie, faire Mobilität“ verfolgt genau diesen Ansatz, bietet Beratung in verschiedenen Sprachen, inhaltlich zugeschnitten auf die einzelnen Herkunftsländer. So funktioniert Ermächtigung auf dem modernen Arbeitsmarkt: sehr differenziert, sehr individuell, zum Teil allerdings sehr aufwendig, aber – und das ist für mich die wichtigste Nachricht – eben auch passgenau und damit in sehr vielen Fällen wirksam.

Die Internationale Arbeit unserer Gewerkschaften endet bekanntlich nicht an den EU-Außengrenzen, im Gegenteil: Gewerkschaften wirken inzwischen selber als Element der Globalisierung, sie sind Globalisierer, immer dann nämlich, wenn Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat über Konzernstrategie mitentscheiden oder wenn Betriebsräte deutscher Unternehmen – ich habe sie vielfach im Ausland getroffen, in Sao Paulo und Bangalore -, die Berufsausbildung und den Arbeitsschutz nach deutschem Modell voranbringen, natürlich vor allem dann, wenn Sie, verehrte Delegierte, für das Existenzrecht freier Gewerkschaften und freier Gewerkschaftsarbeit in der ganzen Welt eintreten. Dieses weltweite Engagement gegen Repression habe ich schon oft gewürdigt. Und ich möchte es heute wieder tun; denn es ist auch weiterhin für viele Regionen unserer Welt bitter, bitter nötig.

Meine Damen und Herren, nächste Woche findet der Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes hier in Berlin statt. Ich wünsche dieser Veranstaltung, dass ihr Titel zur Realität wird: Building Workers Power.

Ich weiß natürlich, drei Schwerpunktthemen der Veränderung und etliche Fragezeichen begründen noch keine Transformationsgeschichte. Aber wenn Sie meine Ausführungen mit Blick nach vorn interpretieren möchten: Sie sollten einen Dreiklang des Vertrauens hören, Vertrauen in die Zukunft des DGB. Ich glaube daran, dass bis zu dem Tag, an dem ein Bundespräsident oder eine Bundespräsidentin zum 30. Parlament der Arbeit eingeladen wird –, es müsste rechnerisch im Jahr 2054 sein – noch viele kluge Antworten hier im Parlament der Arbeit gefunden werden (Beifall) und dass die Daueraufgaben natürlich weiterhin ihren gebührenden Platz beim DGB-Kongress haben, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das lebenslange Lernen, die physische und psychische Gesundheit der Arbeitnehmer trotz zunehmender Aufgabenverdichtung und hoffentlich auch der Humor, den wir heute zur Begrüßung erleben konnten. Ein Lächeln kann ja oft sehr motivierend wirken. Aber in einem Jahr wichtiger Weichenstellungen, wie es Michael Sommer am 1. Mai beschrieb, brauchen wir mehr als ein schönes Lächeln. Optimistische Wahlplakate alleine genügen wahrlich nicht. (Beifall)

Ich bin den Verantwortlichen beim DGB dankbar dafür, dass sie dem Aufruf zur Europawahl einen großen Raum in ihrer Kommunikation geben, und ich danke allen, die dabei auf eine differenzierte Debatte setzen. Wer Europa zum Besseren verändern will, muss sich auch mit komplexen Fragen befassen, muss sich mit eigenen Positionen einbringen. Klagen allein genügt da nicht, ob im Vorfeld der Europawahl oder bei den bundesweit schon angelaufenen Betriebsratswahlen: Wir brauchen mehr Überzeugte, denen bewusst ist: Mitbestimmung kommt auch von Stimmen. (Beifall)

Mein letzter Satz und mein letztes Ausrufungszeichen gilt nun Ihnen, verehrte Delegierte im Parlament der Arbeit. Bitte bleiben Sie bei allem Wandel immer das, was Sie für Deutschland heute sind: Aktivposten der Demokratie, mutig, zukunftsorientiert und streitbar. (Starker Beifall)

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin

Michael Sommer führt die Regie. Er hat eben deutlich das Zeichen gemacht: „Geh mal nach vorne.“

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Lieber Michael Sommer! Lieber Reiner Hoffmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem 20. Ordentlichen Bundeskongress des DGB ein herzliches Willkommen in Berlin, ein herzliches Willkommen im neuen CityCube!

Wir haben eben schon von den Kabarettisten ein paar Seitenhiebe bekommen. Wer den Schaden hat, spottet ja bekanntlich jeder Beschreibung. Deshalb ein großes Dankeschön an Michael Sommer und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter, dass sie in der Tat das Wagnis eingegangen sind, diesen Kongress hier als Premiere in diesem neuen Gebäude durchzuführen und dass sie Vertrauen hatten, dass er tatsächlich auch durchführbar ist und das Gebäude pünktlich fertig wird. Ein ganz großes Dankeschön für dieses Vertrauen, lieber Michael Sommer. (Beifall)

Natürlich ein großes Dankeschön den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner Messe und den Bauarbeiterinnen und Bauarbeitern und den Technikerinnen und Technikern, die das in Tag- und Nacharbeit fertiggestellt haben. (Beifall) Es wird auch so sein, dass noch die eine oder andere Reparatur vorzunehmen ist. Aber wir sind stolz darauf, dass dieses Gebäude da

ist Es schafft Möglichkeiten tatsächlich für Kongresse, internationale, nationale, lokale, und natürlich auch für Veranstaltungen der Messe. Dies sind Arbeitsplätze, die für einen Wirtschaftsstandort in Berlin geschaffen werden. Wie viele wissen, dieser Wirtschaftsstandort braucht neue Arbeitsplätze. Wir haben sehr viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in den letzten Jahren schaffen können, aber es müssen in der Tat auch noch mehr werden.

Der jetzige Kongress ist ein ganz besonderer Kongress. Mindestlohn und abschlagfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, das klingt erst einmal nach relativ wenig. Aber es ist ein riesiger Erfolg, der erzielt werden konnte, dass das heute Regierungsprogramm geworden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne den Druck, den die Gewerkschaften gemacht haben, die landauf, landab auf die Straße gegangen sind, bei den Kundgebungen dafür gekämpft haben, hätte es diese Vereinbarung nicht gegeben. Darauf können Sie gemeinsam stolz sein. (Beifall)

Wir wissen, dass es für den DGB und für die Einzelgewerkschaften überhaupt nicht leicht war, einen Mindestlohn überhaupt zu fordern. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn das von den Tarifpartnern alleine geregelt worden wäre, ohne Frage. Aber wir wissen, es ist leider in den letzten Jahren nicht möglich gewesen. Deshalb ist es richtig, ihn zu haben, aber genauso richtig ist natürlich auch, immer wieder deutlich zu machen: 8,50 Euro ist nicht das Ziel, es ist ein Mindestlohn. Es muss deutlich bessere Löhne geben als 8,50 Euro, (Beifall) auch für Bundestagsabgeordnete im Übrigen. Aber entscheidend ist auch, dass jetzt tatsächlich das, was beschlossen worden ist, umgesetzt wird und dass wir nicht mehr über das Ob und das Wie streiten, sondern dass in der Tat der flächendeckende Mindestlohn umgesetzt wird und dass nicht wieder versucht wird, bis zum Inkrafttreten wieder so Nischen und Auswege zu finden. Das war nicht vereinbart. Vielmehr wollen wir keine Ausnahmen haben, sondern für alle den Mindestlohn haben. (Beifall)

Gerade Geschäftsmodelle, die auf Ausbeutung basieren, müssen abgeschafft werden. Da lassen wir uns hoffentlich nicht einreden, dass das im Interesse der Beschäftigten ist. Nein, es ist im Interesse derjenigen, die das ausbeuterisch machen. Das dürfen wir nicht zulassen. (Beifall)

Die Rentenreform, lange umkämpft, lange ein großes Streitthema: Wann kann aufgrund der Demographie, die wir alle beschrieben bekommen haben, hier tatsächlich ein durchschnittliches Renteneintrittsalter einmal sein? Manche mit ihren 67, manche 65, 63, ein riesiger Streit. Aber man sollte das, was jetzt als Minimalkonsens herausgekommen ist im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die 45 Jahre lang ihren Buckel krumm gemacht haben, auch nicht wieder gleich infrage stellen, sondern es zügig umsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dies sind Dinge, die sind ganz wichtig. Das Thema Ausbildung ist nach wie vor wichtig. Ich finde es immer toll - der Bundespräsident wird es bei seinen vielen Reisen erlebt haben -, unsere duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Viele schauen auf die Wirtschaftskraft dieser Republik. Einer der Pfeiler und der Grundlagen für diesen Erfolg ist natürlich die duale Ausbildung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Recht, aber sie muss dann auch umgesetzt werden. Ich habe die Erfahrung leider machen müssen, dass die Ausbildungsquote in den Unternehmen eben noch nicht so ist, wie sie sein sollte. Es nutzt nichts, den Fachkräftemangel zu beschreiben, wenn man nicht Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Quoten unter 5 Prozent sind nicht akzeptabel, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Kurt Beck sitzt da. Er weiß ganz genau, wie die Länder kompensieren müssen, mit Schleifen, die gedreht werden müssen, weil nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Wenn wir das als Erfolgsmodell verkaufen wollen, auch zu Recht verkaufen wollen, dann müssen wir natürlich auch vorbildlich sein. Dementsprechend natürlich der Appell: mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen!

Dieser Bundeskongress ist mit einem Stabwechsel im Vorstand des DGB verbunden. Michael Sommer stand 12 Jahre an der Spitze, seit 2002. Lieber Michael, Du hast in einem Interview dieser Tage geschildert, wie schwierig die Anfangsphase war, als Du noch frisch im Amt warst, die Zeit der rot-grünen Regierung und der Agenda 2010. Wie innerlich zerrissen viele Gewerkschaftsmitglieder waren zwischen Loyalität mit der rot-grünen Wunschregierung und tiefer Enttäuschung über ihre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Diese Ehrlichkeit, lieber Michael, schätzen so viele an Dir. Schwächen einzugestehen, vor allem aber dann auch Deine Fähigkeit, aus Fehlern zu lernen und auch dazu zu stehen und auch nicht im Nachhinein etwas zu kaschieren. Es war für Dich unheimlich schwer. Bei internen Konflikten trotz aller Schwierigkeiten den Weg der Verständigung zu suchen und dann umso kraftvoller mit einer Stimme für die Gewerkschaften zu sprechen. Ein solidarisches Land braucht starke Gewerkschaften, und es ist auch Dein Verdienst, lieber Michael, dass sie nach einer vorübergehenden Schwächephase wieder sehr stark geworden sind. Ein Schlüsselmoment war die Finanzkrise 2008. Da herrschte zunächst Ratlosigkeit: Wie kann man mit diesem gigantischen Problem umgehen? Es drohten Massenentlassungen, und es gab einen Wirtschaftsminister, der die reine Lehre der Neoliberalen vertrat, also Zurückhaltung der Politik, der Markt wird es schon richten. Die Gewerkschaften forderten zu Recht, dass die Regierung eingreift und die Situation nicht dem freien Spiel der Kräfte überlässt. Am Ende stand der Beschluss, unter anderem Entlassungen mithilfe von Kurzarbeit zu vermeiden. Ja, und es hat funktioniert. Es war die richtige Forderung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften und die Beschäftigten haben wesentlich da-

zu beigetragen, dass diese Krise so schonend überwunden werden konnte. Ohne die konstruktive Haltung vor Ort, auch in vielen Betrieben, wäre gerade in dieser Krisensituation vieles den Bach heruntergegangen. Dies war ein riesiges Verdienst, und da hast Du mitgewirkt, lieber Michael, und darauf sind wir stolz und dafür sind wir dankbar. (Beifall) Es war ein Meilenstein auch mit dem Ende der Phantasien, dass die globalen Märkte alles regeln, alles alleine regeln, und man muss das Rad nur immer größer drehen. Viele haben sich davon beeinflussen und faszinieren lassen. Da ist mittlerweile doch mehr Realismus eingekehrt, aber ob wir schon alle die Antworten haben, um so etwas noch einmal zu verhindern, ist eine große Frage. Auch da sind die Gewerkschaften gefragt, gerade mit ihrer Internationalisierung.

Das Thema soziale Gerechtigkeit ist immer noch ein zentrales Thema, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes genießt Du auch über unser Land hinaus ein hohes Ansehen in der weltweiten Gewerkschaftsbewegung. Auch das ist nicht so selbstverständlich, aber ein riesiges Beispiel dafür, dass die Kraft, die der DGB hat, nicht nur in Deutschland einsetzt, sondern seine Beiträge in Europa und der ganzen Welt leistet. Auch dies ist eine Bewegung, die Du wesentlich mit unterstützt hast.

Es ist eine Zäsur, wenn Du nunmehr die Führung des DGB in andere Hände legst. Vor allem ist es ein Anlass, um Dir für all das Danke zu sagen, was Du für die Gerechtigkeit in unserem Land erreicht hast: mit Deiner Hartnäckigkeit, mit innerer Unabhängigkeit und vor allen Dingen auch mit Deiner Menschlichkeit. Dafür sagen wir Dir Danke. Dieser Dank bezieht auch Deine liebe Frau Ulrike Sommer ein. Sie ist von den DGB-Kongressen gar nicht wegzudenken. Sie führt auch oft mit Regie, und sie hat mit Dir vieles durchgestanden. Wir wissen, gerade in der letzten Zeit, wie Eure Treue auch in gesundheitlichen Situationen Euch beiden geholfen hat: Chapeau und vielen Dank für das, was Ihr geleistet habt! (Anhaltender Beifall)

Wir alle wissen, die Aufgaben und Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften stehen, werden nicht leichter werden. Gerade in Zeiten tiefer Umbrüche werden sie gebraucht, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen und Gute Arbeit in allen Bereichen der Wirtschaft zu ermöglichen.

Wirtschaft verändert sich auch. Auch die Start ups, die neuen Unternehmen, die vielleicht mit Gewerkschaften noch nicht so viel am Hut haben, gehören zur Wirtschaft dazu. Diesen Herausforderungen muss man sich natürlich stellen, um dies auf solide Füße zu stellen und kräftig daran zu arbeiten, dass es im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschieht. Das wird im Zentrum der Arbeit von Reiner Hoffmann stehen. Ich bin ganz sicher, er ist bestens gerüstet für diese Aufgabe, für den Kampf. Er ist kampffähig. Aber er wird es auch sehr strategisch anlegen. Wir wünschen ihm alle eine glückliche Hand und natürlich viele solidarische Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Alles Gute, lieber Reiner Hoffmann. (Beifall)

Der Bundespräsident hat schon darauf hingewiesen, in 14 Tagen, am 25. Mai, ist Europawahl. Es ist eine Richtungswahl. Am 25. Mai entscheidet sich, ob es eine Mehrheit gibt, die ein Europa des Marktes und des Geldes will, oder eine Mehrheit für ein solidarisches und demokratisches Europa. Unsere Vorfahren, die genug von den Kriegen hatten, setzten all ihre Hoffnung in ein gemeinsames Europa, ein Europa des Friedens und vor allen Dingen auch ein Europa der Vielfalt. Dieses Europa ist eine Erfolgsgeschichte, trotz aller Probleme, die da sind.

Und auch das steht für Europa: Jugendbegegnungen, Reisefreiheit, Hilfen für strukturschwache Regionen, Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung. Gerade in Krisenzeiten ist die Solidarität notwendig. Wir sind nicht nur ein Europa für die schönen Tage, sondern gerade in der Krise. Deshalb war es eine Notwendigkeit der Solidarität, Ländern wie Griechenland zu helfen. Wir wissen, wie schwer es vor Ort die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Sie tragen die Hauptlast für die Fehler, die auch Regierungen gemacht haben. Ihnen solidarisch zur Seite zu stehen, war ganz wichtig. Die Gewerkschaften haben das von Anfang an positiv begleitet. (Beifall)

Seit der Gründung der Europäischen Union hat sich die Welt grundlegend verändert. Aber eines hat sich nicht verändert: Es kommt immer noch auf die jungen Menschen an, auf ihre Talente, auf ihre Ideen, auf ihren Mut, auf ihre Tatkraft. Es kommt darauf an, dass sie sich einbringen können. Sie sind die Zukunft Europas. Gerade in der aktuellen europäischen Krise dürfen wir nicht vergessen: Jeder junge Mensch, der keine Arbeit findet, ist einer zu viel. Eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent in Spanien, in Griechenland, in anderen Ländern, ist nicht hinnehmbar. (Beifall) Wer das langfristig zulässt, versündigt sich an Europa und an den Zukunftschancen ganzer Generationen. (Beifall)

Auch jede arbeitslose Frau, jeder junge arbeitslose Mann erinnert uns daran, dass wir gemeinsam gefordert sind, das Versprechen Europas einzulösen. Dieses Versprechen lautet, dass alle eine Chance bekommen, gleich woher sie kommen, welche Sprache sie sprechen und wie sie leben. Das Versprechen Europas bedeutet, dass niemand zurückgelassen wird. Daran zu arbeiten ist die größte Herausforderung unserer Zeit.

Welche Antwort Europa auf diese Herausforderung gibt, entscheidet sich am 25. Mai bei der Wahl des neuen Parlaments. Dieses Parlament hat Rechte, hat Pflichten, hat Aufgaben. Lassen Sie sich nicht einreden, es sei ein unwichtiges Parlament. Nein, da wird konkrete Politik gemacht. Es könnten noch mehr Rechte sein, aber sie wirken heute schon unmittelbar auf unser Leben. Deshalb ist die Europawahl ganz wichtig. (Beifall)

Mein dringender Appell an alle: Hingehen! Wenn man nicht wählt, dann hat man keinen Einfluss. Jede Stimmenthaltung nutzt nur denen, die Europa kritisieren, um es abzuschaffen, den Populisten und all denen, die auf Kosten von Minderheiten Stimmung machen. Setzen wir dagegen ein klares Zeichen der Demokratie und Solidarität in Europa. Wir wollen ein liberales Europa haben, wo die Menschen wirklich gemeinsam in ihrer Unterschiedlichkeit leben können. Das muss in Berlin so sein, das muss in Deutschland so sein, aber auch in Ungarn, in Budapest. Es darf nicht hingenommen werden, dass da Menschen ausgegrenzt werden, mitten in Europa. Dies ist unser Auftrag. Dafür zu kämpfen lohnt sich. Deshalb müssen wir die demokratischen Kräfte mobilisieren für eine demokratische Wahl am 25. Mai. (Beifall)

In diesem Sinne wünsche ich dem DGB-Bundeskongress einen erfolgreichen Verlauf, weiterhin viel Kraft und Mut im Kampf für soziale Gerechtigkeit. Dieser Kampf ist noch längst nicht gewonnen. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften und starke Vorsitzende. In dem Sinne alles Liebe, alles Gute. Noch einmal Dank, Michael Sommer, und viel Glück für Rainer Hoffmann. (Beifall)

(Beitrag von Rainer Pause und Lisa Fitz)

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Sehr geehrte Delegierte! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen, bei unserem Bundespräsidenten Joachim Gauck, und beim Regierenden Bürgermeister dieser Stadt für ihre Ansprachen. Sie waren mahnend und aufmunternd zugleich. Vor allem aber belegen sie, welch hohen Stellenwert die Gewerkschaften in unserer Gesellschaft haben.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, Sie haben heute zum zweiten Mal zu einer großen Versammlung von führenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gesprochen. Ich erinnere mich noch sehr gern Ihrer Worte am 2. Mai 2013, als Sie mit uns gemeinsam an die Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung durch die Nazis erinnert haben. Ihre Rede war nicht nur bewegend, sondern auch richtungsweisend, insbesondere wenn ich an Ihre Worte zur Bedeutung der Mitbestimmung denke. Auch heute haben Sie uns einiges mit auf den Weg gegeben. Wir werden es sicherlich auch noch nachlesen. Ich danke Ihnen für Ihre Worte sehr aufrichtig. (Beifall)

Dir, lieber Klaus, danke ich für die kämpferischen Worte. Manchmal ist kämpferische Politik auch ganz gut. (Beifall)

Verehrte Delegierte, alle in diesem Saal wissen es: Dieser Kongress ist auch ein Kongress des Wechsels. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich einen neuen Vorstand wählen mit einem neuen Vorsitz. Ich glaube, man kann sogar sagen: mit einem neuen Vorsitzenden. Aber man muss heutzutage gendemäßig vorsichtig sein.

Doch im Mittelpunkt stehen Eure inhaltlichen Beratungen, Kolleginnen und Kollegen, denn Ihr, liebe Delegierte aus den Mitgliedsgewerkschaften, bestimmt doch den Kurs Eures Dachverbands für die nächsten vier Jahre.

Ich will daran erinnern: Immer wieder waren die Beschlüsse und Beratungen der DGB-Kongresse richtungsweisend für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, zunächst in Westdeutschland und nach dem Fall der Mauer auch in Gesamtdeutschland.

Das war 1949 so mit der Verabschiedung des ersten Grundsatzprogramms der Gewerkschaften nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und des beginnenden Kalten Krieges.

Das war in den 50er-Jahren so, als es um Mitbestimmung oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ging.

Das war in den 60er-Jahren so, als es um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten ging, um die Integration der ersten Arbeitsmigranten in den Betrieben, um die Bewältigung der ersten großen Wirtschaftskrise der jungen Bundesrepublik, aber auch um den Kampf gegen die Notstandsgesetze.

Das war in den 70er-Jahren so, als die gesamte Gesellschaft mehr Demokratie wagte und den Muff der 50er-Jahre abschüttelte. Damals konnten wir manches durchsetzen, von einem verbesserten Betriebsverfassungsgesetz bis hin zum BAföG oder dem Berufsbildungsgesetz. Es ging auch - wir erinnern uns alle - um die Unternehmensmitbestimmung. Und das ist nach wie

vor aktuell, denn so richtungsweisend das 76er-Mitbestimmungsgesetz war, so sehr wissen wir auch, dass wir die paritätische Mitbestimmung in der gesamten Wirtschaft damals nicht erreicht haben und nicht durchsetzen konnten.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, wir bleiben dabei: Wir bleiben beim Ziel der vollen Parität und einer Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung auf alle Betriebe, zum Beispiel auch und gerade in der mittelständischen Wirtschaft, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

In den 80er-Jahren hatten wir mit neuen Problemen zu kämpfen. Bitter, ganz bitter war der Zusammenbruch der Gemeinschaft. Zur gleichen Zeit riefen Kohl und Lambsdorff die sogenannte geistig-moralische Wende aus. Angriffe auf das Streikrecht und unsere sozialen Errungenschaften wie den Kündigungsschutz oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zwangen uns zum Widerstand.

Sicher, wir mussten manche Kröte schlucken, aber heute können wir mit Stolz sagen: Wir haben die zentralen Angriffe erfolgreich abgewehrt, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben es tatsächlich geschafft, nicht in die Knie zu gehen. (Beifall)

Vor allem aber waren die 80er-Jahre geprägt vom Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Damals haben wir den Einstieg in die 35-Stunden-Woche oder den Vorruhestand durchgesetzt, um Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen.

In den 90er-Jahren ging es um die Vollendung der deutschen Einheit, übrigens auch innergewerkschaftlich. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen, in den neuen Bundesländern der Gewerkschaftsbewegung neues Leben einzuhauchen und in Gesamtdeutschland die Massenarbeitslosigkeit, vor allem die Arbeitslosigkeit junger Leute zu bekämpfen - das war und das ist unsere Aufgabe.

1996 haben wir uns in Dresden ein neues Grundsatzprogramm gegeben und die Gewerkschaftsbewegung formierte sich neu. Ich erinnere nur an die Fusionen hin zur IG Bauen-Agrar-Umwelt, ich erinnere an die Schaffung der neuen Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, an die Fusionsprozesse rund um die IG Metall und schließlich die Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft.

Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends mussten wir uns mit der Vollendung des neoliberalen Kurses auseinandersetzen, der in der Agenda 2010 und damit in Armutslöhnen und der Prekarisierung von mehr als einem Fünftel der arbeitenden Menschen gipfelte.

Einher ging dieser Prozess mit der Aushöhlung der Tarifautonomie, nicht zuletzt durch Mitgliederverluste bei uns und die Erosion der Arbeitgeberverbände durch sogenannte Mitgliedschaften ohne Tarifbindung.

Vor vier Jahren mussten wir uns einerseits mit den Folgen der größten Krise des Finanzkapitalismus seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auseinandersetzen, andererseits konkretisierte unser 19. Parlament der Arbeit die Forderung nach einer neuen Ordnung der Arbeit.

Heute können wir mit gewissem Stolz sagen: Seit 2010 ist es gelungen, erste konkrete und positive Schritte in Richtung hin auf diese neue Ordnung der Arbeit zu machen. Das ist unser gemeinsamer Erfolg, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das, was jetzt auf der Tagesordnung der Großen Koalition steht, nämlich das sogenannte Renten- und das Tarifpaket, wäre nicht gekommen ohne unser ständiges Drängen, ohne unsere konzeptionelle Arbeit, ohne unsere Kampagnen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und gegen das schreiende Unrecht der Minijobs, ohne unseren Kampf gegen Dumpinglöhne und die Aushöhlung der Tarifautonomie.

Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole: Niemals wäre das so gekommen, wenn wir nicht so hart und ausdauernd geblieben wären, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ja, das ist vor allem unser Erfolg, dass wir kurz vor der Einführung des gesetzlichen Stundenlohns von anfangs 8,50 Euro stehen. Es ist auch unser Erfolg, dass die schlimmsten Verwerfungen der Rente mit 67 abgemildert werden. Die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren, Verbesserungen der Erwerbsminderungsrente und die Einführung einer Solidarrente sind erste Erfolge unseres rentenpolitischen Kampfes.

Nicht zuletzt will ich darauf hinweisen, dass es auch gelingen kann, die Tarifautonomie in Deutschland wieder zu stärken. Das halte ich persönlich für den strukturell weitestgehenden Punkt. Die Einigung im Koalitionsvertrag, dass Tarifverträge

künftig auch im öffentlichen Interesse für allgemeinverbindlich erklärt werden können, hat eine enorm hohe Bedeutung. (Beifall)

Ich füge allerdings an: Wenn der Gesetzgeber die Tarifautonomie umfassend stärken will, gehört dazu zum Beispiel auch, dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen ein gesetzliches Ende zu bereiten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Koalitionsvertrag hin und Koalitionsvertrag her, ich weiß: Da haben wir, da habt Ihr noch dicke Bretter zu bohren. Trotzdem schauen wir optimistisch in die Zukunft. Aber ich möchte auch warnen. Beim Mindestlohn und bei der Rente sind wir kurz vor der Zielgeraden, aber wir sind noch nicht durch. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, haltet den Druck drauf, bis wir durch sind, bis das endlich im Bundesgesetzblatt steht. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutschen Gewerkschaften und ihr Bund sind stark und einflussreich. Sie sind ein geachteter und beachteter Teil unserer Gesellschaft. Uns ist es genauso wenig wie Ihnen, Herr Bundespräsident, entgangen, dass das nicht immer so war. Wie oft wurde uns das Totenglöckchen schon geläutet? Wenn aber Gästelisten ein Indiz dafür sind, welche Wertschätzung dem Gastgeber entgegengebracht wird, dann freue ich mich sagen zu können: Wir sind quicklebendig und wir werden es bleiben, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Heute, morgen zur Wahl des neuen Vorstandes und im Verlauf der Woche werden uns zahlreiche Gäste die Ehre geben, aus Politik, Wirtschaft und Arbeitgeberverbänden, aus Kirchen und Religionsgemeinschaften, aus Sozial- und Umweltverbänden, aus gesellschaftlichen Organisationen und befreundeten Institutionen, ebenso Arbeitsdirektoren und hohe Vertreter der Justiz, Kulturschaffende, Wissenschaftlerinnen und Forscher sowie Medienvertreter. Meine Damen und Herren, liebe Gäste, sehen Sie es mir bitte nach, dass ich heute niemanden namentlich begrüße. Egal, wie ich es mache, es ist auf jeden Fall riskant. Denn jeder und jede, den oder die ich begrüße, wird es für selbstverständlich halten. Diejenigen aber, die ich vergessen oder aus Zeitgründen nicht würde erwähnen können, würden mir das ein Leben lang übel nehmen. Und das wollen wir doch nicht, Kolleginnen und Kollegen, das wäre doch schade. (Leichter Beifall) Deswegen sage ich Ihnen allen: Sie sind uns alle herzlich willkommen. Wir freuen uns über Ihren Besuch und wir wissen um die Ehre, die Sie uns mit Ihrer Anwesenheit erweisen.

Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber grüße ich Euch, die 400 Delegierten dieses Kongresses. Ein herzliches Willkommen gilt auch den Mitgliedern des Bundesausschusses, an ihrer Spitze die Vorsitzenden der Gewerkschaften. Herzlich willkommen sind genauso die Gastteilnehmer aus den Gewerkschaften, den DGB-Bezirken, den Regionen und den neuen Stadt- und Kreisverbänden. Ich freue mich über den zahlreichen Besuch unserer ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften. Seid herzlich willkommen. Ich bin ja demnächst einer von Euch. (Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt den ausländischen Gästen und Botschaftern aus aller Welt und natürlich ist es mir eine große Freude, zahlreiche Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen aus Europa und den anderen Kontinenten begrüßen zu können. Wir werden uns ja in einer Woche wieder in dieser Halle treffen, wenn 1.500 Delegierte und Gäste aus aller Welt zum 3. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes ITUC hier zusammentreten.

Gerade mit Blick auf unsere europäischen und internationalen Gäste will ich daran erinnern, dass die deutschen Gewerkschaften und ihr Bund immer für die friedliche Lösung von Konflikten zwischen den Nationen, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für die territoriale Integrität der Staaten, kurz: für Frieden in der Welt, eingetreten sind. Und ich bin mir sicher: Das wird auch so bleiben, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Zu unserem Gründungsversprechen nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges mit über 60 Millionen Toten gehört die berühmte Losung „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. (Beifall) Diese Losung gilt auch heute. Sie gilt mit Blick auf die aktuellen Konflikte in der Welt und in Europa. Ich denke nur an Mali, Syrien, Afghanistan, Nigeria, den Sudan oder auch an die Ukraine. Kolleginnen und Kollegen, wir alle fordern gemeinsam, dass diese Konflikte friedlich, ohne Waffen und ausschließlich durch Verhandlungen gelöst werden müssen. (Beifall) Ja, die Gewerkschaften wissen: Krieg ist niemals eine Lösung, und zwar niemals, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir hoffen, dass die Welt dieses Jahr innehalten wird im Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkrieges, der vor 100 Jahren vom Zaun gebrochen wurde. Wir erinnern uns ebenso an den 75. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen und damit den Beginn des Zweiten Weltkrieges einschließlich des industriellen Massenmordes an den Juden. Wir vergessen nicht die Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma, Homosexuellen, bekennenden Christen, Kommunisten und Sozialdemokraten und nicht zuletzt auch von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Wenn wir der Opfer der beiden Weltkriege gedenken, dann tun wir dies im Bewusstsein dessen, dass der Hauptkriegsschauplatz Europa war. Umso wichti-

ger ist es, dass wir heute sagen können: Die Friedensidee in Europa lebt und sie wird manifestiert durch die Existenz der Europäischen Union. (Beifall)

Natürlich sehen wir, dass der Frieden auch in Europa immer wieder gefährdet ist. Er war es im Kalten Krieg, er war es nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus auf dem Balkan und im Kaukasus und er ist es aktuell in der Ukraine. Umso wichtiger ist es, dass wir das große Friedensprojekt Europa weiterführen und vollenden. Auch deshalb, Kolleginnen und Kollegen, haben die Europawahlen in zwei Wochen eine besondere Bedeutung. Geht es doch darum, den nationalistischen rechtspopulistischen Kräften in Europa Einhalt zu gebieten und die europäische Demokratie zu stärken. Dafür streiten wird. (Beifall)

Wenn wir, die Gewerkschaften, aufrufen, zur Wahl zu gehen, dann tun wir dies auch im Wissen darum, dass dieses Europa nur gelingen kann, wenn es nicht zu einem Europa des Kapitals verkommt, sondern sich sozialstaatlich konstituiert. Die Zukunft eines friedlichen, eines sozial fortschrittlichen Europas hängt davon ab, ob es gelingt, die Krise in Europa und die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden, ob es gelingt, die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit energisch zu bekämpfen, ob es gelingt, die Konjunktur anzukurbeln und Industrie und Dienstleistungen strukturell zu stärken und zukunftsfest zu machen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Wir fordern das neu zu wählende Europäische Parlament, die neu zu konstituierende Europäische Kommission und den Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs auf, endlich einen Marshallplan für Europa aufzulegen, der den arbeitenden Menschen in Europa eine gute Perspektive gibt, Kolleginnen und Kollegen. Ohne das wird es nicht gehen. (Beifall)

Jetzt kommt die offizielle Amtshandlung, zum letzten Mal. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Delegierte, der Ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes, das 20. Parlament der Arbeit, ist hiermit eröffnet. (Beifall)

Wir freuen uns auf den abschließenden Auftritt der Künstlerinnen und Künstler und danken ihnen jetzt schon für den Spaß, die Freude und auch die Nachdenklichkeit, die sie uns bereitet haben und noch bereiten werden.

Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, wisst: Wir setzen unsere Beratung um 14 Uhr fort und Berlin liegt in Preußen. Also seid bitte pünktlich. - Herzlichen Dank. (Beifall)

(Beitrag Florian Schröder - Musikalische Umrahmung „Polkaholics“)

(Unterbrechung des Kongresses: 13.05 Uhr)

-

(Fortsetzung des Kongresses: 14.05 Uhr)

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Delegierte! Verehrte Gäste! Es ist eine gute Tradition, zu Beginn eines Kongresses der Kolleginnen und Kollegen zu gedenken, die verstorben sind. Wir wollen damit ihr Lebenswerk und ihr Engagement für die gewerkschaftliche Arbeit würdigen. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Euch, Euch von den Sitzen zu erheben. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen, die von uns gegangen sind, möchte ich einige Namen nennen. Wir trauern um Sieghard Bender, Ernst Breit, Karl Ehmke, Franziska Fitting, Horst Geier, Alfons Grundheber-Pilgram, Gudrun Hamacher, Manfred Helmes, Hans Janzen, Berthold Keller, Georg Leber, Willi Lojewski, Marcello Malentacchi, Hans Pleitgen, Erhard Pumm, Hartmut Riemann, Adolf Schmidt, Ottmar Schreiner, Walter Sickert, Günter Stephan, Horst Wagner.

Wir gedenken ihrer in Dankbarkeit. Herzlichen Dank.

Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmt jetzt Eure Tagungsunterlagen zur Hand. Wir kommen nun zur Konstituierung des Kongresses.

Ihr wisst, der Bundeskongress ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend ist. Der pure Augenschein sagt mir, dass das der Fall ist. Die Mandatsprüfungskommission hat mir vorläufig mitgeteilt, dass zu Beginn des Kongresses, genauer gesagt, um 13.45 Uhr, 379 Delegierte sich angemeldet haben. Damit ist der Kongress beschlussfähig. Wir haben, wie die Satzung es vorsieht, 400 Delegierte eingeladen. Wir werden morgen vor den Wahlen die genaue Zahl der dann anwesenden Delegierten bekannt geben.

Nichtsdestotrotz obliegt es mir jetzt, hiermit die Beschlussfähigkeit des 20. Ordentlichen Bundeskongresses festzustellen. Der Bundeskongress ist beschlussfähig..

Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist für diesen Kongress auch eine Antragsberatungskommission benannt worden. Genauer gesagt: Sie ist nach Paragraph 7 Ziffer 11 der DGB-Satzung vom Bundesvorstand in seiner Sitzung am 4. Februar 2014 aus den Reihen der Delegierten gewählt worden. Es handelt sich dabei um Ulrike Laux von der IG BAU, Edeltraud Glänzer und Egbert Biermann von der IG BCE, Maritta Plan von der EVG, Ernst Scharbach von der Gewerkschaft der Polizei, Andreas Keller von der GEW, Burkhard Siebert von der NGG, Christiane Benner und Wolfgang Lemb von der IG Metell, Sylvia Bühler und Erhard Ott von ver.di. Ihr findet die Namen auch in den Beratungsunterlagen.

Kolleginnen und Kollegen, der Kongress muss die Antragsberatungskommission bestätigen. Ich frage die Delegierten. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Euch um Zustimmung, und zwar mit den Stimmkarten; denn nur die Stimmkarten gelten für die Abstimmung. Ich bitte also um das Kartenzeichen - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Antragsberatungskommission bestätigt, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Antragsberatungskommission hat aus ihrer Mitte den Kollegen Wolfgang Lemb zum Vorsitzenden bestimmt. Ich bitte Wolfgang Lemb nun, die Empfehlungen der Antragsberatungskommission vorzutragen. Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Lieber Michael, herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön im Namen der Kolleginnen und Kollegen in unserer Antragsberatungskommission für das uns entgegengebrachte Vertrauen. Zu unseren Aufgaben gehört es nicht nur, Beschlussempfehlungen zu den Anträgen zu erarbeiten und auszusprechen. Wir, die Mitglieder der Antragsberatungskommission, hatten auch die Aufgabe, Vorschläge für die Konstituierung unseres Kongresses vorzubereiten. Unsere Vorschläge sind Euch mit den gesamten Kongressunterlagen zugesandt worden. Im Rahmen der Konstituierung des Kongresses ist nun gemäß Paragraph 7 Ziffer 13 und Paragraph 13 Ziffer 6 der DGB-Satzung die Geschäfts- und Wahlordnung zu verabschieden. Ihr findet die Geschäfts- und Wahlordnung nach der Tagesordnung in Euren Beratungsunterlagen unter der Registernummer 2.

Paragraph 1 enthält die Satzungsbestimmung zur Eröffnung des Bundeskongresses, zur Wahl des Präsidiums und zur Beschlussfassung der Geschäfts- und Wahlordnung. Auf diesem Bundeskongress werden acht Delegierte oder Mitglieder des Bundesausschusses sowie der DGB-Vorsitzende und die stellvertretende DGB-Vorsitzende in das Präsidium gewählt.

Hinweisen möchte ich aber vor allem auf Paragraph 9. Er beinhaltet die gesamten Formalien zu den Anträgen der Antragsberatung, zu Initiativanträgen und Abänderungsanträgen.

Unter Punkt 9.4 findet Ihr die Einreichungsfrist für Initiativ- und Abänderungsanträge. Hierzu noch einmal – Ihr wisst es aber bereits alle – der wichtige Hinweis: Die Einreichungsfrist ist der Tag der Kongresseröffnung, also heute, bis 17 Uhr.

Im Übrigen kann Euch die Antragsberatungskommission, wenn Ihr das möchtet, Unterstützung beim Schreiben der Anträge anbieten. Damit meine ich natürlich organisatorische Unterstützung. Falls Ihr diese Unterstützung benötigt, bitte ich Euch, Euch an die Antragsberatungskommission zu wenden. Von Euch aus gesehen rechts neben der Bühne, also auf dieser Seite, findet Ihr die Kolleginnen und Kollegen, die das bei Bedarf mit Euch organisieren. Damit können wir dann gleich die Abänderungsanträge elektronisch erfassen und sie in die entsprechenden Standards einbringen. Die Antragsberatungskommission wird heute noch die eingereichten Initiativ- und Abänderungsanträge sichten, beraten und Empfehlungen für Euch für die Beschlüsse des Kongresses erarbeiten.

Ich möchte Euch ferner auf den Punkt 9.5 hinweisen. Dort ist festgelegt, dass Initiativ- und Abänderungsanträge zu den vorliegenden Satzungsanträgen nicht möglich sind.

Weiterhin wird in Paragraph 8 die Redezeit auf sieben Minuten begrenzt. Ich darf schon jetzt alle Rednerinnen und Redner bitten, sich daran auch zu halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme der Geschäfts- und Wahlordnung in der Euch vorliegenden Form.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Danke, Wolfgang. Du hast auf einige wichtige Punkte aufmerksam gemacht. Ich frage die Delegierten: Gibt es Wortmeldungen zur vorgelegten Geschäfts- und Wahlordnung? – Ich gucke noch einmal. – Ich sehe keine Wortmeldung. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer die Geschäfts- und Wahlordnung in der von der Antragsberatungskommission beschlossenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Geschäfts- und Wahlordnung nach meiner Prüfung einstimmig angenommen worden.

Ich übergebe das Wort jetzt wieder an Wolfgang zum Thema „Wahl des Präsidiums“. Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laut Ziffer 1.2 der eben beschlossenen Geschäfts- und Wahlordnung schlagen wir Euch folgende Kolleginnen und Kollegen für das Präsidium vor. Ihr könnt unseren Vorschlag auch unter der Registernummer 2 abgedruckt sehen. Unser Vorschlag lautet: Harald Schaum von der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Petra Reinbold-Knape von der IG Bergbau, Chemie, Annett Lindner von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Karola Pieschnik von der IG Metall, Melanie Pallien von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Claudia Wörmann-Adam von ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft und Jörg Radek von der Gewerkschaft der Polizei sowie den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende des DGB und last but not least den Kollegen Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz/Saarland.

Das ist unser Vorschlag. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen dafür, dass sie sich für die Leitung des Kongresses zur Verfügung gestellt haben. Das ist eine wichtige Aufgabe. Die Antragsberatungskommission bittet Euch um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Danke, Wolfgang.

Es obliegt nun wiederum mir, die entsprechende Beschlussfassung herbeizuführen. Gibt es zum Vorschlag der Antragsberatungskommission zur Zusammensetzung des Präsidiums andere oder weitere Vorschläge? – Ich sehe keine Vorschläge und keine Wortmeldungen. Dann bitte ich Euch, wieder zur Abstimmung zu kommen. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist auch dieser Vorschlag einstimmig angenommen. Danke schön. – Wolfgang, Du hast wieder das Wort.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Nach Ziffer 4 der Wahl- und Geschäftsordnung, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir jetzt noch eine Mandatsprüfungs- und Wahlkommission wählen, die aus elf Delegierten besteht. Den Vorschlag der Antragsberatungskommission findet Ihr in den Beratungsunterlagen ebenfalls unter der Registernummer 2.

Unser Vorschlag lautet: Wolfgang Kreis und Stefanie Walter von der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Peter Antoszewski sowie Melanie Höse von der IG Bergbau, Chemie, Energie, Andreas Gehrke von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Jürgen Kerner von der IG Metall, Dietmar Polster von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, Dagmar Hölzl von der Gewerkschaft der Polizei, Kerstin Meißner von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten sowie Ricarda Zimmermann und Rolf Wiegang von ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft. Wir empfehlen Euch, die eben genannten Kolleginnen und Kollegen zu wählen.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Danke, Wolfgang, für die Ausführungen. Ich frage Euch: Gibt es weitere Vorschläge? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Stimmt jemand gegen den Vorschlag? – Enthält sich jemand der Stimme? – Dann ist auch dieser Empfehlung gefolgt worden.

Wolfgang, ich rufe nun auf zur Verabschiedung der Tagesordnung. Ihr findet diese in den Beratungsunterlagen unter Registernummer 2. Wolfgang, Du hast wieder das Wort.

Wolfgang Lemb, Sprecher der Antragsberatungskommission

Damit, Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zum letzten Punkt der Konstituierung, also zur Verabschiedung der Tagesordnung. Diese enthält, wie Ihr alle mit Sicherheit gelesen habt, zehn Punkte. Ich möchte an der Stelle darauf verzichten, diese noch einmal vorzulesen. Wir empfehlen die Verabschiedung der Euch zugegangenen Tagesordnung.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kolleginnen und Kollegen, mir obliegt es wieder, den Kongress zu fragen: Kann auf die Verlesung der Tagesordnungspunkte verzichtet werden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das der Fall. Wir rufen dann die Tagesordnung auf, wie sie ausgedruckt ist. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch die Tagesordnung einstimmig angenommen.

Kolleginnen und Kollegen, ich schlage jetzt vor, dass die Mitglieder des Präsidiums hier auf die Bühne kommen und sich hier einrichten. Wir unterbrechen den Kongress für maximal zehn Minuten. Bleibt bitte im Saal. In zehn Minuten werden wir den Kongress wieder eröffnen. – Herzlichen Dank.

(Unterbrechung des Kongresses: 14.21 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 14.28 Uhr)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann können wir weitermachen. Wir sind jetzt komplett.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns fortfahren mit unserem 20. Ordentlichen Bundeskongress. Ich möchte Euch auch im Namen des Präsidiums ganz herzlich begrüßen und möchte Euch für das Vertrauen danken, das Ihr uns vorschussmäßig für diese Woche ausgesprochen habt.

Aber als Erstes möchte ich mich für die Eröffnungsfeier heute Morgen bedanken. Die war toll. Es waren informative Reden, es war beeindruckend. Ich muss sagen, ich habe schon lange nicht so viel gelacht. Herzlichen Dank an die, die das organisiert haben. (Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, müssen wir noch einiges an technischen und organisatorischen Hinweisen geben. Ich denke, da wir den Sonntagnachmittag gemeinsam verbringen, solltet Ihr auch wissen, wer hier vorne sitzt. Ich bin Betriebsrätin in einem mittelständischen Maschinenbauunternehmen, ich organisiere Weiterbildung, Qualifizierung. Das heißt, ich begleite meine Kolleginnen und Kollegen bei ihrer beruflichen Entwicklung. Ich bin jetzt fast 40 Jahre ehrenamtlich für meine IG Metall in ganz unterschiedlichen Funktionen tätig. Trotzdem ist in meinem Leben immer noch die Familie das Wichtigste. Ich will Euch nicht verschweigen, dass mein fußballerisches Herz dem FC Schalke 04 gehört. (Heiterkeit – Beifall)

Aus medientechnischen Gründen soll ich Euch darauf hinweisen, dass hier Ton- und Bildaufnahmen gemacht werden, die dann live im Internet veröffentlicht werden.

Dann kommen wir auf das Thema Rauchen. Ihr habt es schon festgestellt, hier im gesamten Gebäude darf nicht geraucht werden. Wir haben im Präsidium lange gestritten, wir haben uns aber entschlossen, keine Raucherpausen zu machen. Wir werden aber regelmäßig den Kongress unterbrechen, und dann könnt Ihr immer frische Luft schnappen. Dann könnt Ihr Euch unterhalten oder Euch die Infostände anschauen. Ich denke, das kommt allen entgegen.

Jetzt kommen wir zum Thema Handys. Ich glaube, ich gehöre noch zu den Dinosauriern, die geglaubt haben, dass Zeitunglesen und intensives Arbeiten am Laptop mangelnde Aufmerksamkeit gegenüber den Rednerinnen und Rednern, die hier vorne stehen, bedeutet. Aber als ich heute Morgen gekommen bin und gesehen habe, dass hier auf allen Tischen Steckerleisten stehen, bleibt mir nur noch Eines übrig, und zwar zu sagen: Egal was Ihr tut, tut es leise!

Ich bin gebeten worden, Euch noch einmal einen Termin ans Herz zu legen, einen strikt einzuhaltenden Termin, und zwar möchtet Ihr bitte Eure Reisekostenabrechnung bis morgen, Montag, den 12. Mai, bis spätestens 12 Uhr mit allen Unterlagen, die dazu nötig sind, an der DGB-Reisekostenstelle abgeben.

Jetzt habe ich noch die Freude, Geburtstagskindern zu gratulieren. Ich denke, die drei Kollegen – es sind drei Kollegen – haben bestimmt schon einen schöneren Geburtstag gefeiert, aber ich vermute einmal, mit nicht so vielen Gratulanten wie heute. Deshalb gratulieren wir ganz herzlich und wünschen alles Gute dem Kollegen Klaus Abel, (Beifall) dem Kollegen Konrad Klingenburg (Beifall) und dem Kollegen Malte Pertzsch. (Beifall) Die Kollegen von der BAU haben mir gesagt, der ist heute 21 geworden. Ich denke, das ist ein Alter, das man noch öffentlich bekannt geben kann. Ich bitte die drei Kollegen, nach vorne zu kommen, weil wir ein kleines Präsent für Euch haben. – Herzlichen Glückwunsch, alles Gute! Vielleicht gebt Ihr heute Abend dem einen oder anderen auch einen aus. (Heiterkeit - Beifall) Ich habe ja nicht von einer Saalrunde gesprochen. – Ein Kollege fehlt noch. Wir lassen das Präsent hier vorne erst einmal liegen. Vielleicht kommt er später noch zu uns. – Alles Gute! (Beifall)

Wie geht es weiter? Ich darf Euch für das Präsidium heute durch den Nachmittag führen durch das Thema mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht. Ich setze Euer Einverständnis voraus, dass wir diesen Tagesordnungspunkt und die Entlastung des Vorstands heute noch abschließen.

Damit kommen wir zum Punkt 4: Geschäftsbericht des Bundesvorstands. Euch ist allen mit den Unterlagen der schriftliche Geschäftsbericht zugegangen. Ich persönlich finde ihn informativ, übersichtlich, und ich finde ihn auch sehr nett gestaltet. Ich weiß nicht, wie es Euch gegangen ist. Zu diesem schriftlichen Geschäftsbericht wird der Bundesvorstand auch noch seine mündlichen Ergänzungen machen. Es sprechen Reiner Hoffmann, Annelie Buntenbach, Dietmar Hexel und Elke Hannack jeweils zehn Minuten, das ist so weit abgesprochen. Dann hat noch einmal Michael Sommer 20 Minuten Zeit, den Geschäftsbericht zu ergänzen. Nach der Ergänzung zum Geschäftsbericht kommen wir noch zum Bericht der Revisionskommission, und anschließend erfolgt die Aussprache zu allen Berichten.

Der Geschäftsführende Bundesvorstand hat für sich beschlossen, dass Michael Sommer nach der Aussprache zu allen Fragen im Namen des Geschäftsführenden Bundesvorstands antwortet, es sei denn, Ihr habt in Euren Wortbeiträgen ein Vorstandsmitglied, das Ihr ganz speziell anspricht und vom Ihr auch ganz speziell eine Antwort wünscht. Dann müsst Ihr das natürlich genauso formulieren. Dann wird natürlich auch das Vorstandsmitglied dazu sprechen.

Genug der Vorrede. Jetzt bitte ich den Kollegen Reiner Hoffmann um die Ergänzung zum Geschäftsbericht. Reiner, Du hast das Wort.

Reiner Hoffmann, Mitglied des DGB-Bundesvorstands

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Ihr wisst, hat mich der Bundesausschuss im Oktober zum Nachfolger von Claus Matecki in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds gewählt. Ich habe da vor wenigen Wochen, am 1. Februar, meine Tätigkeit aufgenommen, also ein hinreichend kurzer Zeitraum für ganz umfangreiche Ergänzungen. Ich habe die Bereiche Veranstaltung, Information und Services. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass gerade diese Abteilung, aber nicht nur diese, ganz maßgeblich daran beteiligt war, dass es gelungen ist, hier im CityCube unseren Kongress durchzuführen. Sie haben durchgehalten. Ich denke, das war schon eine ganz tolle Leistung. (Beifall) Wir werden es im Laufe der Woche erleben, dass dieser Kongress rund und ohne größere Probleme durchgeführt werden kann.

Darüber hinaus habe ich den Bereich Finanzen übernommen. Das war keine schwere Aufgabe, weil das Team von Klaus alles schon bestens vorbereitet hatte, sodass ich lediglich noch die Aufgabe hatte, im Bundesausschuss den Haushalt vorzulegen, der auch verabschiedet wurde. Ihr habt im Jahresbericht die Zahlen, und die Revisionskommission wird darüber auch noch berichten. Inhaltlich war ich in den Monaten für die Wirtschaft, Finanz- und Steuerpolitik zuständig. Ich will vor diesem Hintergrund auch nur drei Punkte explizit in meinen mündlichen Ergänzungen des Geschäftsberichts ansprechen. Das war natürlich ganz wesentlich die Frage der Umsetzung des Mindestlohns. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren erfolgreich die Kampagne für den Mindestlohn durchgeführt. Jetzt bekommen wir die Früchte. Das Paket ist auf dem Gesetzgebungsweg. Ich denke, das war und ist ein wichtiger Erfolg für die Gewerkschaften in Deutschland. Wir werden aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, im weiteren Gesetzgebungsprozess sehr darauf drängen, dass das, was im Gesetzentwurf an Ausnahmen vorgesehen ist, keine Realität wird. Wir sagen kurz und bündig: Würde kennt keine Ausnahme! (Beifall) Natürlich werden wir darauf pochen, dass es nicht nur keine Ausnahmen für Jugendliche unter 18 Jahren gibt, dass es keine Ausnahmen für Langzeitarbeitslose gibt, sondern wir werden auch darauf achten, dass wirksame Kontrollen mit dazu beitragen, dass dieser Mindestlohn auch wirksam umgesetzt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Um dies sicherzustellen, haben wir unsere Mindestlohnkampagne reaktiviert, Ihr habt gesehen, mit umfangreichem Informationsmaterial, unterschiedlichen Elementen einer Kampagne. Details könnt Ihr nachsehen: www.mindestlohn.de. Ich denke, es wird noch einiger gemeinsamer Kraftanstrengungen bedürfen, damit dieses Gesetz an den genannten Stellen auch korrigiert wird.

Ich will auf einen Punkt hinweisen: Nachdem die Arbeitgeber jahrelang massiv den Mindestlohn verhindern wollten, sind sie jetzt immerhin realitätssichtig genug, um zu sagen: Wenn der Mindestlohn kommt, dann müssen wir unsere Verantwortung als Sozialpartner gemeinsam mit den Gewerkschaften auch wahrnehmen. Wir haben uns darauf verständigt, wie denn zukünftig eine Anhebung des Mindestlohns erfolgen soll. Da sind wir gemeinsam der Auffassung, die Anhebung erfolgt nachlaufend zu den Tarifierhöhungen, die wir erfolgreich verhandelt und erstritten haben.

Ich sage auch, eine Anhebung erst im Jahre 2018, wie es derzeit im Gesetzentwurf vorgesehen ist, ist zu spät. Es muss die Anhebung bereits früher geben. Auch hier sind wir mit den Arbeitgebern der Auffassung, dass die Mindestlohnkommission bereits 2016 eine erste Empfehlung auf der Grundlage der Tarifentwicklungen in den Jahren 2015 und 2016 geben soll, um eine erste Erhöhung 2017 zu realisieren. Ich denke, das ist ein guter, ein richtiger Schritt, den wir gemeinsam unterstützen und nach vorne bringen sollten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir wissen aber auch – das ist schon mehrfach gesagt worden –, dass wir mit dem Mindestlohn, der natürlich wichtig ist, die Probleme, die wir haben, gerade zur Stärkung der Tarifautonomie, nicht gelöst haben, sondern wir brauchen eine Reform der Allgemeinverbindlichkeit. Da geht auch das, was im Gesetzespaket enthalten ist, in die richtige Richtung. Allerdings kommt es schon noch darauf an, dass die Blockademöglichkeiten der Arbeitgeberverbände bei der Allgemeinverbindlichkeit aufgehoben werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Ich denke, das ist unsere gemeinsame Auffassung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zweite Thema, das in den Monaten, seitdem ich Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand bin, auch öffentlich diskutiert wurde, ist das, was wir am Koalitionsvertrag kritisiert haben, dass diese Koalition offensichtlich keine Anstrengungen unternimmt, für mehr Steuergerechtigkeit und für eine nachhaltigere Staatsfinanzierung in diesem Land zu sorgen. Sie hat die Chance für einen finanzpolitischen Kurswechsel verpasst. Wir sind der Meinung, wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit, und wir brauchen die Verbesserung der Einnahmeseite des Staates für eine nachhaltige Staatsfinanzierung. Stillstand können wir an dieser Baustelle in diesem Land nicht gebrauchen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in dem Wochenbericht im Februar darauf hingewiesen, was wir alle schon seit vielen Jahren wissen: Die Vermögensungleichheit verharrt auf hohem Niveau. Innerhalb der Eurozone ist Deutschland das Land mit der höchsten Vermögensungleichheit. Daher brauchen wir Reformen, auch bei der Kalten Progression. Es macht keinen Sinn, dass unsere Tarifierhöhungen gerade bei den kleineren und mittleren Einkommen der Menschen nicht

ankommen, und auch dann nicht mehr ankommen, wenn wir den Mindestlohn haben. Auch das müssen wir berücksichtigen. Dies macht keinen Sinn, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich sage aber genauso deutlich: Wir brauchen natürlich eine Gegenfinanzierung, wenn unser Steuersystem gerechter sein soll und wenn wichtige Aufgaben des Staates für uns alle gewährleistet werden sollen. Ich denke, wir brauchen nur einen Blick auf die Infrastruktur in diesem Lande zu werfen, um zu sehen, was für die Industrie, für die Menschen gut ist: Wenn ich mir den Zustand unserer Schulen anschau – die, die Kinder haben, wissen, wie es darum bestellt ist. Die gesellschaftlich notwendigen Investitionsbedarfe sind enorm und müssen angegangen werden.

Wenn ich von Gegenfinanzierung spreche, dann denke ich beispielsweise an das, was wir auch als gemeinsame Positionierung verabredet haben, dass die Kapitalerträge endlich wieder in den individuellen Einkommensteuertarif gehören und dass der Spitzensteuersatz angehoben wird. Es kann doch nicht sein, dass Menschen von ihrer ehrlichen Arbeit am Ende des Monats bis zu 42 Prozent direkt an das Finanzamt überwiesen, und die, die Kapitalerträge in beachtlicher Höhe haben, sich mit 25 Prozent davonschleichen. Da muss gegengesteuert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich sage aber auch: Die steuerpolitische Debatte der letzten Wochen ist ein völliges Durcheinander. Daher sollten wir dazu beitragen, dass diese Steuerdebatte wieder vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Klar und deutlich: Keiner sollte auf die Idee kommen, andere Wege der Gegenfinanzierung in Betracht zu ziehen, wie beispielsweise die Mehrwertsteuer.

Ein dritter Punkt, den ich ansprechen möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, der auch in den letzten Wochen an Aktualität, zumindest in der öffentlichen Debatte, gewonnen hat, ist die Frage des Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, das sogenannte TTIP. Es ist doch nachvollziehbar, dass es erhebliche Befürchtungen im Hinblick auf einen Absenkungswettbewerb bei den Arbeits- und Sozialstandards, beim Umwelt- und Verbraucherschutz gibt, wenn solche Entscheidungen in völliger Intransparenz ohne öffentliche Beteiligung erfolgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wir als Gewerkschaften haben uns nie gegen Handel grundsätzlich ausgesprochen. Aber es geht eben nicht nur um freien Handel, sondern was wir brauchen, ist ein fairer Handel, Kolleginnen und Kollegen. Dazu passt es nicht, dass ein Investitionsschutzkapitel verhandelt werden soll, bei dem am Ende intransparente Schiedsgerichte gegen staatliche Regulierung und Gesetze vorgehen können, wenn sie ihre Investitionen durch Gesetze bedroht sehen. Das passt nicht zu einer sozialen Demokratie, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall) Es macht eben keinen Sinn, wenn zwei Rechtssysteme auf hohem Niveau in den Vereinigten Staaten und in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union dazu führen könnten - das ist das Argument für ein Investitionsschutzabkommen -, dass möglicherweise deutsche Investoren in den Vereinigten Staaten anders behandelt würden als amerikanische Investoren oder amerikanische Investoren in Frankreich anders behandelt würden als französische Investoren. Hier gibt es Rechtsstaatlichkeit. Deshalb brauchen wir kein Investitionsschutzkapitel, Kolleginnen und Kollegen. Dagegen sind wir massiv. (Beifall)

Der Druck hat ja durchaus schon gewirkt. Die Verhandlungen zum Investitionsschutz sind ausgesetzt. Es findet eine öffentliche Konsultation statt. Wir werden uns gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund aktiv daran beteiligen. Wir werden dann eine Auswertung machen und sehen, wie mit diesem Investitionsschutzkapitel umgegangen wird. Nach unserer Auffassung brauchen wir es nicht.

Was wir brauchen, Kolleginnen und Kollegen, ist ein Abkommen, in dem es faire Regeln gibt auch für Arbeits- und Sozialstandards. Deshalb muss gerade die Europäische Kommission unter Beweis stellen: Wenn sie einen fairen Welthandel will, und wenn wir einen Beitrag mit dem europäischen Sozialmodell leisten wollen, muss es ein Abkommen geben, das eben nicht nach der üblichen Klaviatur der GATT-Verhandlungen erfolgt, wo bislang jegliche gewerkschaftlichen Forderungen nach Sozial- und Umweltstandards abgelehnt wurden. Hier gibt es Handlungsbedarf. Darauf werden wir pochen.

Und wir werden darauf pochen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es mit einem solchen Abkommen keine weitere Deregulierung öffentlicher Daseinsvorsorge gibt. (Beifall) Deshalb sagen wir: Diese Verhandlungen müssen auf neue Füße gestellt werden. Wir brauchen hier Sicherheit, und wir werden dies sicherlich im Rahmen unserer Diskussion auf dem Kongress noch beraten. Es gibt dazu einen Initiativantrag. Dem will ich nicht vorgreifen.

Ich kann nur sagen, dass ich in den Gesprächen, die ich auch zwischenzeitlich mit De Bucht führen konnte – er war letzte Woche in Berlin und hat sich immerhin angemeldet, auch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund zu sprechen –, nicht den Eindruck hatte, dass der Handelskommissar unsere Vorstellungen wirklich versteht. Ich habe eher den Eindruck, er ist da ein bisschen autistisch. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir gerade vor den Wahlen des Europäischen Parlaments am 25. Mai und bevor die neue Kommission eingesetzt wird, unsere Positionen klarmachen, damit es hier wirklich zu einem Neuanfang kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Reiner. – Ich möchte noch etwas ergänzen. Wer sich zu Wort melden möchte, kann das tun. Das ist jetzt möglich, weil der Tagesordnungspunkt eröffnet worden ist. Ihr findet Wortmeldezettel unter dem Register 4 Z, und Ihr könnt sie auch ab sofort dort vorne, von mir aus gesehen rechts, von Euch aus gesehen links, an der Wortmeldestelle abgeben.

Als Nächste hat das Wort Annelie Buntenbach. Annelie, Du darfst.

Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vor vier Jahren, also beim letzten DGB-Kongress, haben wir vor der bangen Frage gestanden, wie wir weiter durch die Krise kommen. Da hatten viele Kolleginnen und Kollegen ernste Sorge um ihren Arbeitsplatz und vor steigender Arbeitslosigkeit. Da drohten den Sozialversicherungen Riesendefizite. Dazu hatten wir eine Art Nichtregierungsorganisation als Koalition, die zwar viel angekündigt hat, aber mit sozialem Fortschritt nicht viel am Hut hatte.

Im Gegenteil, wenn wir uns erinnern: Schwarz-Gelb ist damals nichts Besseres eingefallen, als zu versuchen, uns zum Beispiel die Kopfpauschale in der Krankenversicherung zu verpassen. Dagegen haben wir uns unter anderem mit dem „Aktionsbündnis Köpfe gegen Kopfpauschale“ zur Wehr gesetzt. Auch wenn wir weiter gegen die Schiefelage bei der Finanzierung zulasten der Versicherten ankämpfen müssen: Die Kopfpauschale immerhin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist tot.

Das ist ein zentrales Ergebnis nach den letzten vier Jahren. Das ist auch gut so. Da möchte ich Euch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für Eure breite Unterstützung danken. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, heute sieht es ja eher so aus, als stünden wir glänzend da: immer neue Rekorde am Arbeitsmarkt, immer neue Rekorde in der Sozialversicherung. Das sind Ergebnisse und Aussichten, die wir nicht schlechtreden sollten. Aber es gibt auch die dunkle Seite des sogenannten German Wunder.

Ein zentrales Problem ist doch, dass das Armutsrisiko in Deutschland steigt, obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt. Der Grund dafür ist, dass der Arbeitsmarkt so tief gespalten ist. Vor allem Langzeitarbeitslose bleiben noch immer auf der Strecke. Reguläre Arbeitsplätze werden durch prekäre Jobs ersetzt. Ob Minijobs, Leiharbeit, Befristungen, Werkverträge - all das sind doch keine Brücken in den Arbeitsmarkt, sondern Krücken, mit denen die Arbeitgeber ihre Profite steigern wollen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. (Beifall)

Wir müssen und wir werden weiter gegen die Prekarisierung von Arbeit und gegen die Arbeitslosigkeit angehen. Wer arbeitslos wird, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, braucht eine anständige Absicherung. Er braucht eine gute Unterstützung bei der Eingliederung.

Außerdem ist ein Regelsatz von 391 Euro einfach zu wenig für ein menschenwürdiges Leben in unserer wohlhabenden Gesellschaft. (Beifall)

Das entsprechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 ist bis heute noch nicht umgesetzt. Deshalb haben wir als DGB eine erneute Vorlage in Karlsruhe erreicht. Wir werden da auch nicht nachlassen, denn wer die Arbeitslosen kurzhalten will, der schießt auch auf die Arbeitsbedingungen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Das sind immer zwei Seiten derselben Medaille.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unsere Leitidee für die Arbeit von morgen ist: gute Arbeit statt prekärer Jobs. Dafür ist ein gemeinsames Projekt der „DGB-Index Gute Arbeit“. Wir haben ihn in den letzten Jahren weiterentwickelt. Wir können mit dem Index zentrale Trends und Probleme zum Thema machen: in der Öffentlichkeit, in der Politik, auch in den Betrieben. Ein Schwerpunkt war ja zuletzt der boomende Psychostress am Arbeitsplatz.

Gestalten können wir die Zukunft der Arbeit ja nur gemeinsam mit den Beschäftigten. Genau das ist die Grundidee des „DGB-Index Gute Arbeit“.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gute Arbeit ist unsere Grundlage auch für die Alterssicherung. In beiden Bereichen haben wir eine neue Politik anstoßen können. Tarifpaket und Rentenpaket können der Beginn einer Wende sein, denn zum ersten

Mal seit Jahren haben wir eine Politik des sozialen Fortschritts durchgesetzt. Aber es kommt auch darauf an, dass dieser Fortschritt nachhaltig wird.

Wir befinden uns in einem mühsamen Aufholprozess. Der Gegenwind aus der Wirtschaftslobby zeigt, dass sozialer Fortschritt hart erkämpft werden muss. Dass zum Beispiel die Rente mit 63 so schwer unter Beschuss steht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zeigt, dass die neoliberalen Geister keineswegs verschwunden sind. Die Rente mit 63 ist aber kein Frühverrentungsprogramm, sondern die Anerkennung von Lebensleistung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. (Beifall)

Für uns kann das allerdings nur ein Anfang sein. Ich glaube, es ist eindeutig mehr nötig bei der Erwerbsminderungsrente, bei flexiblen Übergängen und vor allem beim Rentenniveau, denn schließlich hat sich ja die drohende Altersarmut nicht plötzlich in Luft aufgelöst.

Es ist auch deutlich mehr möglich. Wir haben dafür das DGB-Rentenmodell entwickelt. Es zeigt: Eine stabile Rente ist auch für die junge Generation möglich, und zwar ohne dass der Beitragssatz durch die Decke gehen muss. Das Mantra der letzten zehn Jahre - wir haben es alle im Ohr - lautete: Das Rentenniveau muss sinken, weil die Beiträge sonst ins Unermessliche steigen. Dieses Mantra haben wir klar und deutlich widerlegen können. Damit ist das DGB-Rentenmodell auch eine Art Türöffner für die Verbesserungen, die jetzt mit dem Rentenpaket kommen.

Es kommt allerdings auch darauf an, den Grundstein für eine Demografiereserve zu legen. Es wäre fatal, die heutigen Reserven zu verbrauchen, denn dann stürzt das Rentenniveau ab und die Beiträge steigen. Genau das können, wollen und müssen wir vermeiden. Deshalb drängen wir so darauf, dass die bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten aus Steuern finanziert wird, und zwar vollständig, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. (Beifall)

Dafür sind wir auch ungewöhnliche Wege gegangen. Zum Beispiel haben wir einen gemeinsamen Aufruf mit den Spitzen der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung auf den Weg gebracht - eine bislang einmalige Initiative, die zeigt, wie wichtig eine saubere und vorausschauende Finanzierung ist.

Höhere Rentenbeiträge werden wegen der Demografie in Zukunft sowieso unausweichlich sein. Aber nach unserem Rentenmodell, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, haben die Beitragserhöhungen einen Gegenwert, nämlich ein stabiles Rentenniveau. Das ist machbar und das ist auch nötig.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor vier Jahren habe ich auch die Verantwortung für die Europapolitik im DGB übernommen. Bekanntlich hat die EU-Krisenpolitik viele der Probleme verschärft, statt sie zu lösen. Arbeitslosigkeit, Armut, Perspektivlosigkeit sind in vielen Ländern dramatisch gestiegen, gerade für die Jüngeren. Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sind attackiert worden, Löhne und Renten wurden gesenkt.

Ich bin froh, dass sich die europäischen Gewerkschaften in dieser Krise nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir zeigen im Europäischen Gewerkschaftsbund gemeinsam, dass die Troika-Politik, die vor allem im Süden Europas Schneisen der Verwüstung hinterlässt, keineswegs alternativlos ist.

Wir kämpfen über die Europawahl hinaus für ein europäisches Investitionsprogramm, für einen neuen Weg für Europa, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Wir haben in den letzten Jahren einige Verschlechterungen abwehren können, zum Beispiel bei der Arbeitszeitrichtlinie. Aber da, wo dringend Verbesserungen nötig sind, sind wir leider nicht durchgedrungen. Diese Durchsetzungsrichtlinie, die jetzt kurz vor der Wahl noch beschlossen worden ist, wird dem Lohn- und Sozialdumping in Europa sicher keinen Riegel vorschieben. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss endlich rechtlich verankert werden. (Beifall) Aber dafür, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, brauchen wir andere politische Mehrheiten im Europäischen Parlament und im Rat. Deshalb zählt bei der Europawahl jede Stimme. Dafür werben wir ja gemeinsam. Wir brauchen ein starkes Europaparlament mit Abgeordneten, die für ein gerechtes, soziales und demokratisches Europa eintreten. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zu den Grundpfeilern der europäischen Idee gehört die Freizügigkeit in Europa. Aber die wird ausgenutzt, und zwar von bayerischen oder rechtspopulistischen, rechtsextremen Parteien, die ihren Wahlkampf auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten führen. Solche brandgefährlichen Kampagnen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, haben in Europa und in Deutschland nichts, aber auch gar nichts zu suchen. (Beifall)

Wer hier ausgenutzt wird, das sind nämlich die Zuwanderer, die mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt und dann übel abgezockt und ausgebeutet werden. Wir haben inzwischen sechs Beratungsstellen unseres Projekts „Faire Mobilität“ aufgebaut, in denen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa beraten und bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche unterstützen. Dabei ist keine Frage, dass auch die Kommunen Unterstützung brauchen bei der sozialräumlichen Integration, beim Kampf gegen Abzocke auf dem Wohnungsmarkt. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist gut, wenn Grenzen fallen. Nur darf das nicht dazu führen, dass dabei Arbeitnehmerrechte, Löhne und Sozialleistungen unter die Räder kommen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind mittendrin im Bemühen für ein soziales Europa, für den gesetzlichen Mindestlohn, für eine stabile Rente. Bleiben wir dran. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Annelie. - Ich rufe jetzt auf Dietmar Hexel. Bitte gib auch Du Deine mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht.

(„Nur noch kurz die Welt retten“ von Tim Bendzko - Beifall)

Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes

Liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe diesen Song von Tim Bendzko mitgebracht, denn ich kann nicht annähernd so gut singen. Ich dachte: Das ist es eigentlich, was mich persönlich nicht nur in den letzten vier Jahren, sondern in vielen Jahren meiner Gewerkschaftsarbeit beschäftigt hat. Diese zehn Minuten heute sind meine letzte Rede.

Es gab viele Anrufe zu Hause: „Heute wird es später“ oder „Morgen geht es nicht“ und „Am Wochenende ist leider auch wieder ein Termin“. Es gibt zwei liebe Menschen im Saal, die ganz genau wissen, wovon ich spreche. Vielleicht wisst Ihr es auch. Manchmal fragt man sich danach: War immer alles wichtig? Aber selbstverständlich kann man die Welt damit nicht retten.

Die komplexen Aufgaben des DGB können wir nur gemeinsam bearbeiten. Das geht bei den vielen Themen nur mit gegenseitiger Unterstützung im GBV. Das haben wir im GBV getan.

Ich will kurz über meine Verantwortungsbereiche sprechen. Ich konnte meine Arbeit nur tun mit Unterstützung durch meine 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Herzlichen Dank für Eure Unterstützung.

Man kann nicht die Welt retten, aber man kann versuchen, sie umzubauen. Damit bin ich bei der ersten Hauptaufgabe. Wir haben in Eurem Auftrag 2010 eine neue Abteilung gegründet, die Abteilung Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik. In dieser Abteilung geht es darum, den sozialökologischen Umbau der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu begleiten und zu gestalten. Man kann auch von Nachhaltigkeit sprechen. Das bedeutet dann in Kurzform: Genug für alle für immer.

Im Moment ist die Hauptaufgabe beim Umbau die Energiewende. Wer weiß das nicht? Wir nennen es Energieumstieg. Es geht darum, die Chancen für Lebensqualität zu steigern, es geht darum, gute Arbeit in diesen Unternehmen zu organisieren, und es geht darum, neue Produkte zu kreieren auf lange Sicht. Wir können uns die Wegwerfgesellschaft schon lange nicht mehr leisten. Wir brauchen eine Kreislaufwirtschaft. Dazu braucht man Energie. Man braucht Energieeffizienz. Man braucht eine andere Systematik bei Verkehr und Wärme. Man braucht vor allen Dingen mehr Autarkie in Europa. Wir dürfen nicht mehr so abhängig sein von Erdöl und Erdgas. Nicht nur die Ukraine hat das gezeigt.

Es sind auch neue Themen auf der Agenda, die vielleicht noch nicht in aller Schärfe aktuell sind: Industrie 4.0, Digitalisierung, neue bessere Dienstleistungen auch für die Menschen in den einzelnen Einrichtungen. Wir fragen uns: Können wir der Beschleunigung standhalten, die da passiert? Wie ist es eigentlich mit der Arbeitsgestaltung der Zukunft? Es geht uns darum, bei den Veränderungen in Industrie, Verwaltung und Handel die Arbeitsgestaltung der Zukunft zu organisieren.

Gestaltung ist auch das Thema im Handwerk. Gute Handwerkspolitik im DGB bedeutet Organisationspolitik für die Gewerkschaft und mit den Gewerkschaften. Gute Qualität ist im Handwerk sowieso ein Markenzeichen. Um gute Qualität geht es auch bei der Organisationspolitik. Organisieren heißt entwickeln. Das ist ein Kernthema von mir seit 25 Jahren, erst bei der IG Metall und jetzt beim DGB. Nicht immer gibt es nur Einheit, es gibt manchmal auch Streit, wie in der Familie. Das ist ganz natürlich. Wenn wir diesen Streit produktiv beenden, ist er auch nicht schädlich, sondern dann entwickeln wir uns.

20. DGB-Bundeskongress – 1. Tag – 11. Mai 2014

Mündliche Ergänzungen zum Geschäftsbericht

Der DGB als Bund bedeutet, dass wir eine Tarifeinheit im Betrieb darstellen, also uns nicht gegenseitig Konkurrenz in den Betrieben machen. Dazu haben wir die bilateralen Gespräche, die DGB-Vermittlung, das DGB-Schiedsgericht. Wir waren und sind hier auf vielen Feldern unterwegs.

Unterschiede zwischen den Gewerkschaften anerkennen und die unterschiedlichen Stärken nutzen, Klarheit schaffen, neue Formen finden und gemeinsam vorgehen - das ist das Thema, das uns hier bewegt. Wenn wir das tun, sind wir wie ein Flottillensegler. Das weiß ich, denn ich bin ja auch Segler. Wenn jede Mannschaft das tut, was sie am besten kann, und den Kurs hält, dann kann uns der Gegner nicht den Wind aus den Segeln nehmen. Dann werden wir erfolgreich sein bei den Tarifverhandlungen und bei der Mitgliederentwicklung.

Bei der Mitgliederentwicklung sind die Gewerkschaften sehr erfolgreich, nicht der DGB. Die Gewerkschaften, die Werberinnen und Werber, haben es 2013 geschafft, 1.000 Menschen für den Eintritt zu begeistern. Das ist ein tolles Ergebnis. Dafür sage ich allen Werberinnen und Werbern einen herzlichen Dank. (Beifall)

Natürlich muss man die Arbeit auch strukturieren. Man muss den DGB sozusagen entwickeln. Michael wird dazu sicher noch etwas sagen. Wir wollten nach der Satzungsreform von 2010 ein Ziel erreichen: Wir wollten präsent und kompetent in der Fläche bleiben. Das war eine gewaltige Aufgabe vor allem für die Bezirke. Wenn man sich heute die Landkarte anschaut, sieht man, dass wir in den vier Jahren 337 Kreis- und Stadtverbände gegründet haben. Das haben die Bezirke getan und der Bundesvorstand hat sie dabei unterstützt. Vor allem für die Arbeit der ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die jetzt in diesen Bereichen tätig sind, haben wir Formate, Ausbildung und anderes mehr entwickelt.

Was müssen wir im DGB tun, damit die Gewerkschaften das bekommen, wofür sie 12 Prozent zahlen? Das ist sozusagen die ständige organisationspolitische Aufgabe. Ich weiß, auch in diesem Saal gibt es dafür hundert verschiedene Antworten. Dieser Prozess der Organisationspolitik muss ständig diskutiert werden. Bei einem Feld ist er klar, beim Rechtsschutz. 40 Prozent geben wir für den Rechtsschutz aus. Wir haben 520.000 Verfahren in den vergangenen vier Jahren geführt und 1,4 Millionen Euro in den Jahren erstritten. Das ist eine Bilanz, die sich gut sehen lassen kann. Dafür sage ich der Mannschaft der Rechtsschutz GmbH mit Reinhard Vorbau an der Spitze ganz herzlichen Dank. (Beifall)

„Gestalten durch Mitbestimmen“ ist das nächste Thema. Mitbestimmen bedeutet, uns einzumischen. Wir haben die 10. NDAX/DAX-Konferenz durchgeführt, um die Mitbestimmungsideen über die Gewerkschaften hinaus zu transportieren. Manchmal sind wir auch im Unternehmen etwas betriebsblind. Die Konferenzen dienen dazu, das aufzuweichen. Es geht darum, die Unternehmenskultur umzugestalten, weniger Shareholder-, mehr Stakeholderinteressen. Das ist nicht nur eine Forderung von uns, sondern auch eine Aufgabe, die in den Aufsichtsräten ungleich schwerer durchzusetzen und zu diskutieren ist. Aber ich bin überzeugt: Die Unternehmen sind nicht dazu da, Eigentümer reich zu machen. Sie sollen nachhaltige Produkte und Dienstleistungen erzeugen, natürlich mit Gewinn. Sie sind auch nicht dazu da, Manager reich zu machen. Das ist ein Thema, das ich Euch vielleicht zu sehr zugemutet habe. Aber ich bin der Meinung, dass ein Unternehmen eine Leistungsgemeinschaft ist, also alle mit dazu beitragen, dass der Gewinn entsteht. Hier sollten wir auf Fairness und eine andere Beziehung setzen. Unser Vorschlag ist, einen atmenden Deckel pro Unternehmen auf die Vergütung zu ziehen, der sich im Durchschnitt zu den Personalkosten entwickelt. Also nicht das 50-, 100- oder 200-fache, sondern eine vernünftige Relation, die jeder Aufsichtsrat entwickeln kann. Die Regierung muss da liefern. Sie hat das nicht gemacht. Sie hat vorgeschlagen, die Hauptversammlung damit zu beauftragen, also die Eigentümer der Aktienpapiere. Das wäre der falsche Weg. Da sitzen die Vertreter der Hedgefonds und andere, die die Vergütung niemals begrenzen würden.

Mitbestimmen schließt auch die Betriebsratswahl ein. Nicht der DGB führt diese Wahlen durch, sondern Ihr in den Betrieben. Aber der DGB hat gemeinsam mit allen Gewerkschaften Materialien zur Wahl erstellt. Wir machen eine Begleitaktion „Du hast es in der Hand, Deine Stimme zählt“. Der Bundespräsident hat dazu heute auch schon etwas gesagt. Wir machen öffentliche Aktionen, zum Beispiel bei Burger King und bei Zalando. Es gibt viele Videoclips, die gut laufen im Internet. Das heißt, wir versuchen, neben den Wahlen im Betrieb die Mitbestimmungsidee bekannt zu machen. 86 Prozent der Arbeitnehmer sagen, Betriebsräte sind wichtig oder sehr wichtig. Das sollte uns Mut machen, diesen Bereich gut hinzubekommen und die Wahlen zu gewinnen.

Bei Burger King geht es um „Kein Mobbing bei Burger King“. Da wird den Betriebsräten der Mund verboten. Das soll gestoppt werden. Ich glaube, das kriegt die NGG mit der Unterstützung aller auch hin. Da wird noch einmal deutlich, was Mitbestimmung bedeutet, nämlich frei sein und nicht Knecht, das Schicksal in die eigene Hand nehmen, mehr Freiheit, weniger Abhängigkeit, mehr selbstbestimmtes Arbeiten und auch selbstbewusst sagen: Jawohl, wir wollen mitentscheiden, wir wollen verantworten, wir wollen teilhaben. Wir wollen es demokratisch und gemeinsam gestalten und nicht von oben herab diktiert bekommen, wie ein Unternehmen oder ein Betrieb zu funktionieren hat.

Dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es unseren Bund, dafür gibt es uns. Sich gegenseitig vertrauen, trotz der Unterschiedlichkeit Mut zum Handeln gewinnen, gemeinsam, und auch eine Heimat haben. Für mich waren jedenfalls die Gewerkschaften und der DGB oftmals Heimat, ein Ort, an den man jederzeit zurückkehren kann, wenn es am Arbeitsplatz, im Betrieb oder Unternehmen einmal nicht gut läuft, wo andere sind, die sagen: Ja, wir kennen das, wir unterstützen Dich, komm zu uns, wir finden gemeinsam durch aktive Beteiligung eine Lösung.

Ja, niemand kann die Welt retten, der DGB auch nicht, ich schon gar nicht. Aber wir gemeinsam können uns, wenn wir uns unterhaken und unterstützen, etwas dazu beitragen, dass diese Welt gut gestaltet wird und ein guter Ort zum guten Leben bleibt. - Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Dietmar. Jetzt hat Elke Hannack das Wort, um den Geschäftsbericht zu ergänzen. Bitte, Elke.

Elke Hannack, DGB, Bundesvorstand

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich habe keine so schöne Powerpoint-Präsentation dabei. (Vereinzelt Beifall) Ich will Euch aber, wie es ausgewiesen ist, einige mündliche Ergänzungen und Anmerkungen auch zum Geschäftsbericht für meinen Vorstandsbereich geben.

Ich will mit dem Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beginnen. Wir konnten in den vergangenen vier Jahren unter einer schwarz-gelben Bundesregierung keine unserer zentralen gleichstellungspolitischen Forderungen umsetzen. Im Gegenteil: Wir mussten uns noch mit dem unsäglichen Betreuungsgeld herumschlagen. Man hätte das Geld besser genommen und es in die Infrastruktur der Kinderbetreuung gesteckt. Da wäre es sinnvoller angelegt gewesen. (Beifall) Deshalb steht die Abschaffung des Betreuungsgeldes immer noch auf unserer Agenda.

Wir haben nicht nur die politische Lobbyarbeit im Parlament, sondern auch unsere Bündnisarbeit verstärkt. Wir haben viele unserer Positionen noch einmal geschärft, insbesondere die Positionen zur Überwindung der Entgeltlücke, die Positionen zur Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse, zur gesetzlichen Regelung einer Quote in Aufsichtsräten und auch die Position zur Überführung des Ehegattensplittings hin zu einer Individualbesteuerung. (Beifall) Ich bin natürlich besonders stolz auf unser Engagement für die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse und derer sozialer Absicherung ab der ersten Stunde. Dieses Engagement, Kolleginnen und Kollegen, war insofern erfolgreich, weil es in einem wirklich vielbeachteten DGB-Konzept für eine Neuordnung dieser Kleinstarbeitsverhältnisse mündete. Ich finde, das ist ein Riesenerfolg, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Aber es trieb auch die gesellschaftliche Debatte voran. Es führte zu einem breiten Bündnis von Verbänden und Wirtschaft für eine Reform der sogenannten Minijobs. Dazu, wie die Politik damit für die Zukunft umgeht, morgen mehr oder nachher in der Diskussion.

Auch der Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern haben wir viel Aufmerksamkeit gewidmet. Wir haben in der Öffentlichkeit auch Aufmerksamkeit geschaffen, übrigens nicht nur am Equal-Pay-Day. Mit diesem Rückenwind haben wir das Thema gegen viele Widerstände bis in den Koalitionsvertrag gehievt. Dank unseres gemeinsamen Einsatzes finden sich auf der aktuellen politischen Agenda der Großen Koalition viele weitere gleichstellungspolitisch wichtige Vorhaben wie: eine gesetzliche Verpflichtung zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen, einen Rechtsanspruch auf eine bezahlte zehntägige Auszeit für Pflegende oder ein Recht auf Rückkehr aus Teilzeit auf die vorherige Arbeitszeit. All das sind wichtige gewerkschaftspolitische Forderungen der vergangenen Jahre.

Da, wo politische Weichenstellungen auf sich warten ließen, haben wir auf betrieblicher Ebene Zeichen gesetzt, zum Beispiel mit der Bundesinitiative „Gleichstellen“, oder aber mit der ILO-Konvention 189 - Ihr kennt sie wahrscheinlich alle -, menschenwürdige Arbeit auch für Hausangestellte. Das ist ohne Zweifel ein historischer Erfolg, der auch auf nationaler Ebene Konsequenzen haben muss. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben im November letzten Jahres auf der Bundesfrauenkonferenz des DGB unsere Anforderungen an eine eigenständige soziale Absicherung für Frauen formuliert. Diese wollen wir politisch umsetzen, wenn wir sie in dieser Woche gemeinsam beschließen. Dafür brauchen wir Euch, Kolleginnen, und Euch, Kollegen. Das müssen wir gemeinsam umsetzen. (Beifall)

In der gewerkschaftlichen Jugendarbeit haben wir inzwischen Tausende aktive, engagierte Jugendlicher, die aktiv Werbung für unsere Gewerkschaften machen. Die Gewerkschaftsjugend hat in den letzten Jahren für einen Mitgliederzuwachs von 467.277 Jugendlichen auf über 509.613 jugendlichen Mitgliedern bis 27 Jahre. (Beifall) Kolleginnen und Kollegen, das ist mehr als nur aller Ehren wert. Denn insbesondere mit der Werbung von jungen Menschen konnten viele Gewerkschaften ihren Mitgliederrückgang stoppen, Kolleginnen und Kollegen. Die DGB-Jugend veröffentlicht jährlich ihren Ausbildungsreport - Ihr kennt ihn -, bei der Auszubildende nach der Qualität ihrer Ausbildung befragt werden. In den letzten vier Jahren hat der Ausbildungsreport einen starken Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung der Ausbildungsplatzsituation und der Qualität der Ausbildung geleistet. Inzwischen befragen wir mehr als 18.000 junge Auszubildende in den Berufsschultouren, wie ausbildungsreif eigentlich die deutschen Unternehmen sind. Auch mit der Studierendenarbeit hat die Gewerkschaftsjugend in den letzten Jahren ein wichtiges Feld besetzt, das die Gewerkschaften bei einer zunehmenden Akademisierung des Arbeitsmarktes zukunftsfähig macht.

Eine riesige Herausforderung wird aber sein, eine ganze Generation, die uns in Europa verloren zu gehen droht, in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen echte Perspektiven zu geben. Die Gewerkschaftsjugend hat auf vielen Veranstaltungen deutlich gemacht, dass die Jugend in Europa mindestens so systemrelevant ist wie die Banken, Kolleginnen und Kollegen, und dass es sich lohnt, in die zu investieren. (Beifall) Die DGB-Jugend hat gemeinsam mit dem EGB-Jugendkomitee alternative Jugendgipfel durchgeführt, gemeinsame Forderungen der Jugend in Deutschland und Europa entwickelt, um die Jugend in Europa aus der Arbeitslosigkeit zu befreien. Es gab viele Gespräche über die Situation der Jugend, unter anderem mit Bundeskanzlerin Merkel, mit Frankreichs Präsident Hollande, mit dem EU-Kommissions-Präsidenten Barroso. Die Jugend hat selbstständig ihre Gespräche zu ihren Problemen geführt. All diese Gespräche haben noch einmal deutlich gemacht, dass man bei der Suche nach Lösungen inzwischen an der Gewerkschaftsjugend nicht mehr vorbeikommt. Die Gewerkschaftsjugend wird in der Politik wahrgenommen, und sie wird ernst genommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Lasst mich etwas zur Beamtenpolitik des DGB sagen. Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben zurzeit rund 500.000 verbeamtete Mitglieder. Und ich will eines ganz deutlich machen: Der Staat hat seine Regelungshoheit gegenüber diesen Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahrzehnten schlichtweg missbraucht. Der DGB-Besoldungsreport 2014 macht deutlich: Nur eines von 16 Bundesländern hat seit der Föderalismusreform 2006 die Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes auch auf die Beamtinnen und Beamten zeit- und inhaltsgleich übertragen. In einzelnen Besoldungsgruppen, Kolleginnen und Kollegen, sind in acht Jahren Föderalismusreform Besoldungslücken von mehr als 18 Prozent entstanden. Das ist ein Skandal, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Für uns im DGB gilt: Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden. Das gilt auch für die Beamtinnen und Beamten. Wir sind deshalb gegen die Föderalisierung des Beamtenrechts eingetreten. Wir wissen aber auch, dass das eigentliche Problem die unzureichende Finanzierung der öffentlichen Haushalte ist. Den Staat handlungsfähig zu erhalten war deshalb unser Anliegen und wird weiterhin unser Anliegen sein. Wir alle brauchen Gute Arbeit im öffentlichen Dienst.

Zu Guter Arbeit gehört auch eine gute Bildungspolitik. Damit bin ich beim letzten Thema. Wie sieht es denn mit der Bildungsrepublik Deutschland aus, die Angela Merkel gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder vor fast sechs Jahren ausgerufen hat? Noch immer haben mehr als 1,4 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keinen Berufsabschluss. Noch immer verschwinden jährlich rund 260.000 junge Menschen in den zahllosen Warteschleifen des Übergangssystems. Das heißt, jeder dritte Jugendliche ohne Hochschulreife findet in Deutschland keinen Ausbildungsplatz. Noch immer leben in der vermeintlichen Bildungsrepublik 7,5 Millionen funktionale Analphabeten im Alter von 18 bis 64 Jahren. Und noch immer bestimmt in unserem reichen Land der Geldbeutel der Eltern den Bildungserfolg der Kinder. Selbst bei gleicher Leistung hat das Kind eines Arbeiters eine bis zu sechsmal schlechtere Chance, auf das Gymnasium zu kommen als der Nachwuchs einer Akademikerfamilie. Das zeigt deutlich: Von einer Bildungsrepublik sind wir noch meilenweit entfernt. Das zeigt deutlich: Von einer Bildungsrepublik sind wir noch meilenweit entfernt, Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb waren wir im DGB auf vielen Ebenen in den vergangenen Jahren unterwegs. Der DGB hat gemeinsam mit den Gewerkschaften der Bundesregierung und der BDA im Programm „Weiter bilden“ 140 Millionen Euro für die Förderung der betrieblichen Weiterbildung eingeworben. Wir haben rund 100.000 Beschäftigte in 2.500 Betrieben erreicht. Und es waren der DGB und die Gewerkschaften, die dafür gesorgt haben, dass im deutschen Qualifikationsrahmen Meister, Techniker und Fachwirte auf einem Niveau mit dem Bachelor eingestuft wurden. Damit liegen Hochschule und berufliche Bildung auf Augenhöhe.

Es ist weiterhin gelungen, dass der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften dem marktradikalen Konzept der unternehmerischen Hochschule mit einem umfassenden hochschulpolitischen Programm ihre Idee einer demokratischen und sozialen Hochschule entgegensetzen konnten.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben gemeinsam mit dem Deutschen Studentenwerk Eckpunkte für eine echte BAföG-Reform vorgelegt; diese hat man im Koalitionsvertrag ja leider vergessen. Das BAföG – das wisst Ihr alle – war in den vergangenen 40 Jahren sozusagen die Strickleiter für den sozialen Bildungsaufstieg. Deshalb müssen wir das BAföG weiter ausbauen. Und da werden wir die Bundesregierung auch treiben, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften haben die Ausbildungsgarantie auf die Tagesordnung der Politik gesetzt. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Jahr für Jahr fast 260.000 Jugendliche in den Warteschleifen des Übergangssystems verschwinden. Die Jugend – und das haben wir hier auch mal beschlossen – hat ein Recht auf gute Bildung und auf gute Ausbildung. Die Koalition verspricht jetzt im Koalitionsvertrag genau diese Ausbildungsgarantie. Das ist gut. Aber hier darf es nicht bei bloßen Absichtserklärungen bleiben.

Die Regierung hat uns eingeladen, an einer Allianz für Aus- und Weiterbildung mitzuarbeiten. Für uns wird es ein Gradmesser sein, ob sich die Regierung wirklich ernsthaft an die Umsetzung dieser Ausbildungsgarantie macht. Nur dann, Kolleginnen und Kollegen, wird es eine Beteiligung der Gewerkschaften an einer Allianz für Aus- und Weiterbildung geben. (Lebhafte Beifall)

Wir konnten durchsetzen, dass sich die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag endlich wieder zum Konsens der Sozialpartner bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen bekennt. Wir hatten schon einen ersten Erfolg. Die Bundesregierung hat jetzt beim Beruf des Modenäher den ersten zweijährigen Beruf nicht verordnet, weil die Gewerkschaften diesen Beruf ablehnen. Und ich sage Euch: Bei zweijährigen Schmalspurberufen, Kolleginnen und Kollegen, die den Jugendlichen keine nachhaltige Perspektive auf dem Ausbildungsmarkt geben, wird es keinen Konsens mit den Gewerkschaften geben, weder jetzt noch in Zukunft! Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Elke. – Lieber Michael, jetzt hast Du das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Verehrte Delegierte! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Euch liegt der schriftliche Geschäftsbericht über die Arbeit des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die vergangene Wahlperiode vor. Reiner Hoffmann, Annelie Buntenbach, Dietmar Hexel und Elke Hannack haben die Schwerpunkte in ihren Arbeitsfeldern herausgearbeitet und den Geschäftsbericht für die ersten Monate dieses Jahres ergänzt.

Ich möchte an dieser Stelle zuallererst auch Ingrid Sehrbrock und Claus Matecki für ihre Arbeit im Geschäftsführenden Bundesvorstand in der vergangenen Kongressperiode danken. Auch ihre Arbeit ist schriftlich dokumentiert. (Beifall)

Ich danke Dietmar Hexel für zwölf Jahre gemeinsame Kraftanstrengung. Ich danke Annelie Buntenbach; sie ist unser sozial- und arbeitsmarktpolitisches Gesicht und unsere Stimme in diesen Themenfeldern geworden. (Beifall)

Besonders möchte ich hervorheben, dass sich Reiner Hoffmann seit dem 1. Februar und Elke Hannack seit Juli vergangenen Jahres nicht nur nahtlos in die Arbeit des Geschäftsführenden Bundesvorstandes eingefügt haben, sondern dass es ihnen in der kurzen Zeit gelungen ist, klare und wichtige Akzente in der DGB-Politik zu setzen. Herzlichen Dank dafür. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, mir obliegt es heute ebenfalls, aus meinem Tätigkeitsbereich einige Ergänzungen vorzunehmen. Da ging es im Wesentlichen um die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition und darum, diese gewerkschaftspolitisch zu begleiten und zu beeinflussen. Da ging und geht es andererseits aber auch um die internationale Gewerkschaftspolitik.

Kolleginnen und Kollegen, leider steht viel zu oft die internationale Gewerkschaftspolitik im Schatten, obwohl wir alle wissen, dass wir uns den Herausforderungen der weltweiten Arbeitsteilung stellen müssen. Ihr wisst, dass im Anschluss an unseren Kongress der Dritte Weltkongress des internationalen Gewerkschaftsbundes unter dem Motto „Building Workers Power“ hier in dieser Halle stattfinden wird. Dieses Motto zeigt, wie wichtig es ist, weltweit die Organisationsarbeit der Gewerkschaften zu stärken. Bislang sind nur sieben Prozent der arbeitenden Menschen weltweit in Gewerkschaften organisiert. Ich wiederhole: nur sieben Prozent. Dabei greifen Prekarisierung und informelle Arbeit immer weiter um sich. Man kann es nicht anders sagen: In weiten Teilen dieser Erde wird Arbeit behandelt wie Dreck, Kolleginnen und Kollegen.

Dabei geht es global vor allem auch um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und natürlich um die Durchsetzung von grundlegenden Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten. Da gibt es viel zu tun. Angefangen von den Vereinigten Staaten von Amerika, wo die gewerkschaftliche Betätigung massiv behindert wird, mit dem Ergebnis, dass dort nur noch sechs Prozent der Industriearbeiterschaft in Gewerkschaften organisiert sind. Dort gelten in weiten Teilen die ILO-Kernarbeitsnormen nicht. Kolleginnen und Kollegen, ich halte das für einen ungeheuren Skandal in der größten kapitalistischen Wirtschaftsnation. (Beifall) Auch in den USA müssen wir immer da, wo es notwendig und möglich ist, Zeichen der Solidarität setzen. Deshalb bedanke ich mich ausdrücklich bei der IG Metall für ihre Unterstützung des Kampfs der US-Automobil-Gewerkschaft im VW-Werk Chattanooga und für die langandauernde Kampagne meiner Kolleginnen und Kollegen bei ver.di für die Durchsetzung grundlegender Arbeitnehmerrechte bei T-Mobile USA, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Ja, dort ist der Kampf schon schwer. Nahezu unerträglich aber ist die Situation in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern.

Ich bin froh, sagen zu können, dass es uns gelungen ist, wenigstens an zwei Beispielen die Öffentlichkeit auch in Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen in der Dritten Welt und in den Schwellenländern zu mobilisieren. Da ist zum einen Katar. Dort müssen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten und leben. Sie müssen ihre Pässe abgeben und werden als moderne Fronarbeiter gehalten. Man kann es nicht anders sagen, als dass sie als Fronarbeiter „gehalten“ werden, denn als Menschen werden sie nicht behandelt. Zehntausende leiden, Hunderte sterben nach wie vor, und das nicht nur auf Baustellen für die Fußballweltmeisterschaft, sondern auch in der übrigen Wirtschaft, übrigens auch viele Frauen als Hausangestellte.

Kolleginnen und Kollegen, uns ist es gelungen, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf diese dramatischen Missstände zu lenken und dies sogar zum Hintergrundthema in der Sportberichterstattung zu machen. Ich halte das für eminent wichtig. (Beifall) Dass mittlerweile die Arbeitsbedingungen von Bauarbeitern oder von Produzentinnen von Fan-Artikeln und so weiter und so fort heute Thema der gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte sind, wenn es um sportliche Großereignisse wie in Sotchi, wie in Peking, wie in Katar, wie jetzt in Brasilien geht, dann ist das ein Erfolg eines langjährigen weltweiten Engagements der Gewerkschaften. Ich nenne hier insbesondere auch die Internationale der Bau- und Holzarbeiter und den internationalen Gewerkschaftsbund ITUC. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir werden nicht lockerlassen. Entweder die Arbeitsbedingungen in Katar werden grundlegend verbessert, oder aber die FIFA muss auf sehr, sehr viel Geld verzichten und die WM woanders als in diesem Sklavenland ausrichten, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall) Es ist mir ein wirkliches Bedürfnis, mich ausdrücklich beim Präsidenten des Deutschen Fußballbundes, Wolfgang Niersbach, für seine eindeutige Unterstützung zu bedanken, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Was für Katar gilt, gilt sinngemäß auch für Bangladesch. Wir alle erinnern uns noch an die schrecklichen Fabrikbrände und den Zusammensturz eines Fabrikhochhauses vor etwas mehr als einem Jahr in Dhaka. Im Angesicht der Opfer von Rana Plaza haben viele Menschen nicht nur getrauert, sondern auch konkrete Solidarität gezeigt, auch unser Verein „Gewerkschafter helfen“. Mit den Mitteln unseres Vereins „Gewerkschafter helfen“ konnten wir hundert Überlebenden eine erste medizinische Versorgung finanzieren. Ich habe vor wenigen Wochen diese Frauen und Kinder getroffen. Das sind keine Kriegsoffer, sondern Opfer von Entrechtung und Ausbeutung. Frauen mit Mehrfachbrüchen, mit Prothesen an Armen und Beinen, Waisenkinder, die nicht wissen, wie es weitergeht. Ich habe aber auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von Industrie-All und UNI gesprochen, die vor Ort konkrete Aufbau- und Organisationshilfe leisten. Kolleginnen und Kollegen, das Leid ist groß, aber wir haben die Chance, dort in der neuen, wenn man so will, Textilfabrik der Welt etwas zu ändern, also die gewerkschaftliche Organisation voranzutreiben und dort ein neues Arbeitsrecht durchzusetzen, das den Kernarbeitsnormen der ILO wenigstens einigermaßen entspricht.

Ich füge hinzu: Die Opfer erwarten von uns Unterstützung. Sie wollen, dass endlich Kompensationszahlungen für ihr erlittenes Leid und Unrecht bezahlt werden, und zwar nicht nur von ihren Arbeitgebern in Bangladesch, sondern auch von den europäischen und US-Auftragsfirmen, die für das unmenschliche Leid und die unmenschlichen Arbeitsbeziehungen mitverantwortlich sind, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Frei nach Bert Brecht hat der Imperialismus ja Name und Hausnummer. Es bleibt ein Skandal, dass auch ein Jahr nach Rana Plaza viele europäische und amerikanische Firmen noch nicht in diesen Kompensationsfonds einbezahlt haben. Ich nenne da nur Lidl, Kik, Adler, Güldenpfennig, Primark, Benneton, Walmart und viele, viele andere, Kolleginnen und Kollegen. Das ist und bleibt ein Skandal. (Starker Beifall) Auch hier danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, die mit Spenden und mit ihrem Einsatz in ihren internationalen Branchenorganisationen mitgeholfen haben, Solidarität zu organisieren.

Selbstverständlich wird es immer notwendiger, die nationale und die internationale Gewerkschaftsarbeit miteinander zu verzahnen und miteinander zu verknüpfen. Ich denke da zum Beispiel an die Europapolitik, aktuell an unsere Pflicht, dafür - nachhaltig - zu werben, dass unsere Kolleginnen und Kollegen an der Europawahl in zwei Wochen teilnehmen. Gerade weil wir kein Europa des Kapitals wollen, aber auch keinen Rückfall in nationalstaatliche Egoismen, müssen wir den sozialen und fortschrittlichen Kräften den Rücken stärken. Kolleginnen und Kollegen, ich sage es unseren Mitgliedern ganz deutlich: Wer nicht wählt, hilft den Falschen. Wer Wilders, Le Pen oder den Ex-BDI-Präsidenten Henkel nicht im Europaparlament sehen will, der muss wählen gehen und natürlich mit seiner Stimme ein demokratisches Europa stärken, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Als zweites Beispiel nenne ich TTIP. Reiner hat darüber bereits gesprochen. Deshalb von mir aus nur so viel: Es ist gut, dass auch die Gewerkschaften in den USA und Europa sich kritisch mit dem geplanten Freihandelsabkommen auseinandersetzen. Natürlich: Auch wir wollen einen freien Handel, aber auch einen fairen. Aber wir wollen erst recht kein Abkommen, das Tür und Tor öffnet, soziale und ökologische Fortschritte zu behindern oder gar zu beseitigen. Deshalb haben wir besonders das geplante Investitionsschutz-Abkommen im Visier. Damit es glasklar ist: Kein TTIP ist allemal besser als ein Abkommen, das in unsere sozialen Rechte eingreift, die unsozialen Verhältnisse aus den USA zu uns exportiert und in den Staaten selbst zementiert, Kolleginnen und Kollegen. Das wollen wir nicht. (Beifall) Im Übrigen hat gestern der Bundesvorstand auf Initiative von Reiner einen Initiativantrag erarbeitet. Er liegt diesem Kongress vor. Folgerichtig werdet Ihr dazu das gewerkschaftspolitisch letzte Wort haben.

Kolleginnen und Kollegen, einen zweiten Blick will ich auf die Gewerkschaftsarbeit in Deutschland werfen. Ich verbinde dies zugleich mit einem Rückblick auf meine Erfahrungen aus zwölf Jahren an der Spitze unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes. In diesen zwölf Jahren haben wir manches miteinander erlebt, Positives und Negatives. Wir mussten uns auseinandersetzen mit der Agenda 2010, mit prekärer Arbeit, die immer weiter wuchert, mit Angriffen auf die Tarifautonomie, mit Massenarbeitslosigkeit und Krisenangst. Keine Sorge, ich will jetzt nicht zwölf Jahre nachzeichnen, aber ich will herausarbeiten, warum wir heute so dastehen, wie wir dastehen, nämlich gut und stabil. Das beginnt mit folgender Erkenntnis: Wir sind am stärksten, wenn wir uns auf unsere Kernkompetenz konzentrieren, und das ist und bleibt die Arbeit.

Wir sind nicht eine x-beliebige NGO, nicht irgendein Sozialverband und auch keine Organisation zur allgemeinen Verbesserung der Welt. Wir sind die Organisation der Arbeit. Das ist unser Zweck, unsere Aufgabe, unsere Stärke. Das muss es auch bleiben, Kolleginnen und Kollegen! (Lebhafter Beifall)

Wir sind eine beachtete, eine starke Gewerkschaftsbewegung. Natürlich können wir noch besser werden. Aber trotzdem, wir sind geachtet und wir sind stark. Vor zehn, zwölf Jahren galten wir noch – heute haben wir das ja schon einmal gehört – als die Dinosaurier des Industriezeitalters. Wer ernsthaft geglaubt hat, man könnte uns zum alten Eisen werfen, dem sei gesagt: Wir sind da und wir bleiben da und wir werden noch stärker, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Arbeitgeber und Politik haben versucht, uns zum Hauptproblem und zum Verursacher all ihrer Schwierigkeiten zu machen. Heute weiß jede und jeder: Wir sind nicht das Problem, wir sind ein wichtiger Teil der Lösung. Dies haben wir nicht zuletzt in der großen Weltfinanzkrise 2008 bis 2010 bewiesen.

Dennoch hatten wir es zugegebenermaßen zeitweise nicht leicht, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und vor allen Dingen sie auch durchzuhalten. Ein wichtiger Garant unseres Erfolges, Kolleginnen und Kollegen, ist, dass Ihr so präsent seid in den Betrieben und Verwaltungen und dass die Mitgliederwerbung und die Präsenz in den Betrieben als zentrale Herausforderung der Gewerkschaftsarbeit begriffen wird. Kolleginnen und Kollegen, das ist gut und zukunftsweisend. Das ist das A und O, das ist der Beginn einer erfolgreichen Organisationspolitik der Gewerkschaften. (Beifall)

Man kann es auch anders formulieren: Nur aus unserer Stärke in den Betrieben erwächst die Stärke in der Tarifpolitik, in der Wahrnehmung der Mitbestimmung, aber auch in der Stärke Eures politischen Arms, unseres gemeinsamen Dachverbandes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Deswegen ist es erfreulich, dass wir auch in diesem Jahr beweisen können: In der Mitgliederentwicklung hat sich die Trendwende stabilisiert. Dass wir heute wieder sagen können, wir sind das Stärkste, was die Schwachen haben, Kolleginnen und Kollegen, das ist das Produkt Eurer täglichen Arbeit. (Beifall)

Zur Strategie gehört allerdings auch, dass wir uns nicht verzetteln dürfen, sondern uns konzentrieren müssen auf gemeinsame Themen und gemeinsame Ziele. Sicher, jede Mitgliedsgewerkschaft hat auch über ihre spezifischen Aufgaben zu entscheiden und diese Aufgaben zu erfüllen. Aber gemeinsam müssen wir ein klares, ein eindeutiges Profil zeigen. Das ist uns besonders in den vergangenen Jahren hervorragend gelungen. Die Konzentration auf die vier Forderungen nach Guter Arbeit,

sicherer Rente, einem sozialen Europa und einem handlungsfähigen Staat, Kolleginnen und Kollegen, hat uns gemeinsam vorgebracht.

Nicht zuletzt ist es gelungen, diese Themen prominent in den Bundestagswahlkampf einzuführen. Ich habe es heute schon einmal gesagt, aber ich glaube, ich darf es noch einmal wiederholen: Es glaubt doch niemand ernsthaft, dass es ohne unser Engagement gelungen wäre, den gesetzlichen Mindestlohn, die Rente mit 63, die Stärkung der Tarifautonomie und so weiter und so fort so im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern, dass kein Großkoalitionär mehr daran vorbeikommt. Kolleginnen und Kollegen, das ist der Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit nach langer, langer, schwerer Zeit. Es hat sich als richtig erwiesen, dass wir uns auf diese Themen fokussieren und dabei einen langen Atem haben. Denn wir wissen: Nichts kommt von allein, und das Wenigste sofort. Das gilt auch und gerade für eine neue Ordnung der Arbeit.

Was in 30 Jahren des Neoliberalismus eingerissen wurde, von Kohl bis zur Agenda 2010, das konnten und das können wir nicht in wenigen Jahren wieder aufbauen. Aber wir haben eine gemeinsame Strategie entwickelt. Wir wollen und wir mobilisieren für eine neue Ordnung der Arbeit. Wir können jetzt erste Erfolge erreichen für die Würde arbeitender Menschen, für ein würdevolles Leben; denn darum geht es uns im Kern.

Das war übrigens auch das Hauptthema unseres großen rechtspolitischen Kongresses, den wir im März gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung veranstaltet haben. Kolleginnen und Kollegen, ich wiederhole: Nichts kommt von allein und das Wenigste sofort. Wir brauchen den langen Atem, und wir brauchen die Fähigkeit, Kampagnen zu entwickeln und Kampagnen gemeinsam zu führen.

Das ist uns in der Vergangenheit zugegebenermaßen nicht immer gelungen. Ich denke da zum Beispiel nur an die sogenannten Hartz-Aktionen zurück. Wahrlich kein Ruhmesblatt! Viel zu häufig haben wir es nicht geschafft, unsere Kampagnenfähigkeit so zu bündeln, dass wir größere Kraft entfalten konnten. Sicher, in den Tarifkonflikten habt Ihr immer bewiesen, wie stark wir sind. Aber bei politischen Kampagnen ist das nicht immer im ersten Anlauf gelungen. Zum einen waren wir nicht immer politisch einer Meinung. Auch das geht nicht aus sich selbst heraus. Also mussten wir an gemeinsamen Zielen und Aktivitäten arbeiten und uns auf sie einigen. Das war manchmal mühsam; ich füge hinzu: sehr mühsam. Das galt und gilt für die Forderung nach einer neuen Ordnung der Arbeit mit den beiden Elementen, nämlich dem gesetzlichen Mindestlohn und der Stärkung der Tarifautonomie. Das galt und gilt für unsere Forderung nach einem Marshallplan für Europa. Und das galt und gilt durchaus auch in der Rentenpolitik. Aber inzwischen haben wir uns mehr als zusammengerauft. Denn wir wissen: Dazu gibt es keine vernünftige Alternative. Es ist der DGB, der den Laden zusammenhalten muss. Die alte Gewerkschaftsweisheit gilt auch hier: Nur Einigkeit macht stark, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Die Zwillingsschwester der Kampagnenfähigkeit ist übrigens die Mobilisierungsfähigkeit. Auch hier sind wir nach wie vor stark und gut, aber eben nicht immer. Von selbst läuft auch da nichts. Aber wir können es doch, und wir beweisen es immer wieder, wie zum Beispiel bei den Streik- und Warnstreikaktionen im Frühjahr dieses Jahres im öffentlichen Dienst.

Kolleginnen und Kollegen, so richtig es ist, dass wir im Koalitionsvertrag der Großen Koalition manches davon unterbringen konnten, wofür wir seit Jahren kämpfen, so richtig ist es auch, dass wir erstens nicht alle Ziele erreicht haben und zweitens noch lange nicht durch sind. Denn unser vierter Schwerpunkt, die finanzielle Handlungsfähigkeit eines starken Sozialstaates samt einer gerechteren Steuerpolitik, ist noch lange nicht politische Wirklichkeit; im Gegenteil. Eine gerechtere Steuerpolitik steht nach wie vor genauso wenig auf der Tagesordnung dieser Großen Koalition wie eine notwendige Revision der Schuldenbremse.

Was den Mindestlohn und die Rente anbetrifft, sind wir zwar im parlamentarischen Verfahren, und das Tarifpaket trägt in weiten Teilen eine gewerkschaftliche Handschrift, aber die andere Seite hat sich noch lange nicht damit abgefunden. Die unglaublich pharisäerhafte Debatte über die sogenannte Frühverrentung ist dafür genauso ein Beispiel wie der Versuch, den Mindestlohn mit Ausnahmen für Junge und Alte, Behinderte oder Langzeitarbeitslose, Zeitungsausträger oder Taxifahrer zu durchlöchern wie ein Teesieb. Das sind nicht nur politische Angriffe auf den Mindestlohn oder die Verhinderung von Altersarmut. Kolleginnen und Kollegen, das ist und bleibt ein Angriff auf die Würde der arbeitenden Menschen. Wir werden diesen Angriff abwehren, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Deshalb haben wir im Bundesvorstand die Kampagne für den Mindestlohn noch einmal hochgefahren. Deshalb verstärken wir unser Engagement in der rentenpolitischen Debatte. Wie gesagt, nichts kommt von allein, und weil nichts von allein kommt, müssen wir kämpfen. Sowohl die abschlagsfreie Rente mit 63 als auch die Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente müssen genauso im Bundesgesetzblatt stehen wie der gesetzliche Mindestlohn von anfangs 8,50 Euro die Stunde. Vorher. Kolleginnen und Kollegen, werden wir nicht ruhen.

Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Ja, unsere Kraft ist ungebrochen. Dies auch deshalb, weil wir eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland haben. Ihr wisst, das war in unserer Geschichte nicht immer so. Die Zersplitterung der Gewerkschaften in Richtungsgewerkschaften, in Berufsgewerkschaften, in ständische Organisationen wurde erst mit der Gründung des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften nach der Befreiung vom Hitler-Faschismus überwunden. Die Schaffung der Einheitsgewerkschaft für alle, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Glauben, politischer oder ideologischer Bindung, Berufsstand oder Alter ist meines Erachtens die größte Errungenschaft der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit. (Beifall)

Anders formuliert: Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, keine Tarifkonkurrenz, keine Organisationskonkurrenz, unabhängig von Parteien und Weltanschauungen, nur dem Wohl der arbeitenden Menschen verpflichtet, und das in einer freien und demokratischen Gesellschaft, und das einzig, das ist unsere Einheitsgewerkschaft, das ist unsere Stärke, Kolleginnen und Kollegen. Dies zu achten und zu leben ist ein wichtiger Garant unseres Erfolgs. (Beifall)

Ich bin stolz und froh, sagen zu können, dass es uns gelungen ist, im vergangenen Jahrzehnt die Idee der Einheitsgewerkschaft nicht nur zu stärken, sondern auch mit neuem Leben zu erfüllen.

Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich mich bei Euch für die gemeinsame Arbeit bedanken. Denn Gewerkschaftsarbeit ist immer Gemeinschaftsarbeit, auch und gerade an der Spitze unseres Dachverbands, unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ich bedanke mich persönlich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstands, bei allen Gewerkschaftsvorsitzenden und Vorstandsmitgliedern der Mitgliedsgewerkschaften, mit denen ich zusammenarbeiten durfte.

Ich bedanke mich bei den Bezirksvorsitzenden, stellvertretend für alle, die uns in den Bezirken, vor Ort und in den Regionen vertreten und für uns wirken.

Und nicht zuletzt bedanke ich mich bei den Beschäftigten unserer Bundesvorstandsverwaltung. Gerade diese sehen es mir bitte nach, dass ich namentlich vor allem die erwähne, mit denen ich in den vergangenen zwölf Jahren am engsten zusammenarbeiten durfte.

Stellvertretend für alle danke ich Klaus Beck, Konny Klingenburg, Helga Nielebock, Stefan Collm, Barbara Susec und natürlich meiner Biggi und Wolfgang Fritsche. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, was noch bleibt, ist Folgendes: Ich bitte Euch um die Entlastung des Bundesvorstands und wünsche Euch einen guten Kongress. (Starker, lang anhaltender Beifall - die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen) - Nun macht bald Schluss!

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Michael, für Deinen Bericht, für alles und für die Erfahrung, die Du jetzt gemacht hast, dass wir auch nicht immer das machen, was Du möchtest.

Ihr habt gesehen: Zum Geschäftsbericht gehört auch der Bericht der Revisionskommission. Den Bericht der Revisionskommission wird der Sprecher, Bertin Eichler, halten. - Bertin, Du hast das Wort.

Bertin Eichler, Sprecher der Revisionskommission

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich darf Euch den Revisionsbericht der letzten vier Jahre geben. Zuerst zum Personellen. Auf dem letzten Bundeskongress des DGB im Mai 2010 haben die Delegierten den Kollegen Peter Hausmann von der IG BCE, den Kollegen Robert Feiger von der IG BAU sowie mich von der IG Metall als Mitglieder in die dreiköpfige Revisionskommission gewählt. In den Jahren 2010 bis 2014 haben wir insgesamt 16 Revisionen durchgeführt. Der in der Satzung vorgesehene vierteljährliche Turnus wurde also eingehalten.

Der Revisionsumfang erstreckte sich auf die Bundeshauptkasse, den Solidaritätsfonds und auf die jeweiligen Kontenbewegungen. Hier wurden also die Bankkonten, die Tageskasse sowie in Stichproben die Buchungsbelege geprüft. Die Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte der VTG des DGB sowie die Jahresabschlüsse des DGB lagen uns jeweils jährlich vor, wurden von uns geprüft und für in Ordnung befunden. Besonderheiten sind da nicht zu berichten.

Sämtliche Prüfberichte wurden von den Wirtschaftsprüfern testiert. Ich kann Euch berichten, dass sie jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erhielten.

Zusätzlich zu den eben genannten regelmäßigen Prüfungsinhalten einer Revisionskommission haben wir uns wieder einige besondere Aktivitäten des DGB in der Prüfung vorgenommen. Dies waren in den letzten vier Jahren die Initiative Trendwende, die Mindestlohnkampagne, der „DGB-Index Gute Arbeit“, die IT-Modernisierung im DGB, die Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010, der Kapitalismuskongress, die Aktionswoche des Europäischen Gewerkschaftsbundes, die Kampagne Alterssicherung und die Aktivitäten gegen die Rente mit 67.

Dazu kann ich Euch berichten, Kolleginnen und Kollegen, dass die Abrechnungen jeweils ordnungsgemäß erfolgten. Die jeweils vorgesehenen Budgets wurden eingehalten und zum Teil konnten sie sogar unterschritten werden.

Darüber hinaus haben wir geprüft, ob einzelne Ausgabeposten auch durch die Beschlüsse des Bundesvorstands gedeckt waren. Dem Bundesvorstand haben wir im Übrigen über jede Revision schriftlich berichtet. Dem Bundesausschuss wurde einmal jährlich mündlich Bericht erstattet. Dies sieht die Satzung des DGB so vor. In beiden Gremien wurden die Berichte zustimmend zur Kenntnis genommen.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, kann ich zusammenfassend feststellen: Die Buchhaltung war stets auf dem aktuellen Stand. Nachweise und Belege waren vorhanden, geordnet und nachvollziehbar. Was sicher auch wichtig ist: Die Gelder sind und waren konservativ und sicher angelegt.

Die für unsere Prüfungen erforderlichen Unterlagen wurden uns jederzeit zur Verfügung gestellt. Es gab keinen Anlass zu Beanstandungen. Nachfragen von unserer Seite konnten stets kompetent und abschließend beantwortet werden.

Kurzum: Der Finanzbereich des DGB ist gut aufgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestattet mir zum Schluss noch einige persönliche Anmerkungen. Im März 1997, also vor 17 Jahren, wurde ich das erste Mal in die Revisionskommission des DGB gewählt. Heute blicke ich auch auf bewegte, teilweise stürmische Zeiten zurück. Ich denke hier zum Beispiel an die Abwicklung unserer Beteiligungen bei der BGAG - ein Kapitel, das uns auch bei der politischen Arbeit nicht wenig belastet hat. Dieses Thema, Kolleginnen und Kollegen, ist endgültig abgearbeitet.

Für das große Vertrauen, das Ihr mir in all den Jahren entgegengebracht habt, möchte ich mich heute ganz herzlich bei Euch bedanken. (Beifall)

Das gilt vor allen Dingen auch für Michael Sommer. Lieber Michael, Du hast mich als damaliges Mitglied der Revisionskommission - ich hoffe, Du erinnerst Dich noch - bis heute als Vorsitzender des DGB immer kritisch begleitet und in meiner Arbeit unterstützt. Dafür recht herzlichen Dank. (Beifall)

Mein Dank gilt, auch im Namen der Revisionskommission, der Finanzabteilung des DGB, stellvertretend ihrem Leiter Matthias Müller und dem Kollegen Claus Matecki.

Bei meinen Kollegen der Revisionskommission Peter Hausmann und Robert Feiger darf ich mich recht herzlich für die kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit - man kann schon sagen: es war ein freundschaftliches Zusammenarbeiten - bedanken. Den künftigen Mitgliedern der Revisionskommission wünsche ich viel Glück und gutes Gelingen.

Zum Schluss darf ich als Sprecher der Revisionskommission den Antrag stellen, dem Geschäftsführenden Bundesvorstand Entlastung zu erteilen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und ein herzliches Glückauf. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Bertin. - Mit Deinem Bericht ist nun die mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht abgeschlossen.

Ich schlage in Anbetracht der Zeit vor, dass wir bis zur Aussprache zu den Berichten unsere erste Pause machen. Wir sehen uns wieder um 16.20 Uhr. Ihr habt in der Pause natürlich auch Gelegenheit, Eure Wortmeldezettel abzugeben. Die Wortmeldestelle ist während der Pause besetzt.

(Unterbrechung des Kongresses: 16.03 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 16.30 Uhr)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Lasst uns weitermachen. (Leichter Beifall) Ich hatte mir gerade überlegt, was man zur Disziplinierung machen könnte. Aber das sage ich jetzt hier nicht.

Wir sind immer noch beim Tagesordnungspunkt 4, Geschäftsbericht des Bundesvorstandes, und sind an dem Punkt „Aussprache zu den Berichten“ angekommen. Dazu ein Hinweis. Wir haben heute Nachmittag eine Geschäftsordnung mit einer Redezeit von sieben Minuten beschlossen. Die Rednerinnen und Redner, die nach vorne kommen, können hier vorne auf eine Uhr blicken. Das heißt, sie haben immer im Blick - wir übrigens auch -, wie viel Zeit sie noch für ihre Rede zur Verfügung haben.

Eine weitere Sache, die ich Euch gerne ans Herz legen möchte: Hier vorne am Ende der Sitzreihen ist eine ganz tückische Stufe. Wenn Ihr also zum Reden zu uns herunterkommt, achtet bitte auf die Stufe. Das wäre mir sehr wichtig.

Damit kommen wir zu den Wortmeldungen. Es liegt uns zurzeit eine Wortmeldung vor. Das Wort hat jetzt der Kollege Klaus Kulick von der Gewerkschaft GdP mit der Teilnehmernummer 269. Er kommt schon. Klaus, Du hast das Wort.

Klaus Kulick

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr braucht keine Angst zu haben. Ich komme mit den sieben Minuten dicke aus. Ich möchte mich vorstellen. Ich bin der Vorsitzende des DGB-Seniorenarbeitskreises Berlin-Brandenburg. Darüber hinaus bin ich im Bundesseniorenvorstand meiner Gewerkschaft, der Gewerkschaft der Polizei. Ich bin 74 Jahre jung und noch für fast vier Jahre gewählt. (Vereinzelt Beifall)

Es fällt mir schwer, nachdem Ihr dem Michael so viel Beifall gespendet habt, ein paar kritische Worte zu sagen. Aber es bleibt mir nichts anderes übrig. Ich tue es trotzdem. Lieber Michael, ich bitte Dich um Nachsicht.

Nachdem ich den schriftlichen Tätigkeitsbericht gelesen habe, habe ich mich gefragt: Was machst Du da eigentlich? Auch nach den mündlichen Ausführungen frage ich mich aus meiner Position heraus als Seniorenvertreter: Was mache ich hier eigentlich? Ein Viertel aller Mitglieder unter dem Dach des DGB sind Senioren. Und wo finden wir uns wieder? Nirgendwo. Es stimmt nicht ganz. Die heutige Einleitungsmusik vor Beginn der Veranstaltung war von unserem Jahrgang. Das hat ja gepasst. (Vereinzelt Beifall)

Ich gebe zu, die Themen Altersversorgung, Gesundheit und Pflege betreffen uns Senioren in besonderem Maße, auch wenn sie hier etwas anders angepackt werden. Aber das war es dann schon. Dann habe ich den Geschäftsbericht gelesen und auf Seite 142 erstmals und auch letztmalig die Worte Seniorinnen und Senioren gelesen. Ich zitiere: „... die Bundesregierung setzt ... auf Eigenverantwortung und Ehrenamt. ... Dabei geraten zunehmend die „jungen“ Seniorinnen und Senioren in den Fokus. Sie sollen moralisch zum bürgerschaftlichen Engagement gedrängt werden.“ - Eine berechtigte Kritik an der Bundesregierung oder an der Politik generell.

Aber was machen wir mit unseren Senioren? Wir verweigern ihnen bisher die Anerkennung als Personengruppe, aber gleichzeitig sind sie gut genug, Betreuungsmaßnahmen für Streikaktionen oder Standaktionen bei Betriebsratswahlen zu übernehmen. Sie bilden eine gute Füllmasse bei allen Veranstaltungen.

Was ist das anderes als das, was die Politik von uns will? Genau das Gleiche machen wir mit unseren eigenen Leuten. Unser Motto bei diesem Kongress ist: „Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität.“ Wir Senioren wollen Gerechtigkeit und Solidarität. Wir wollen keine Arbeit, jedenfalls keine bezahlte Arbeit in dem Sinne. Denn wir sind mit den Arbeitnehmenden solidarisch. Wenn wir Senioren noch arbeiten würden, hätte die Politik alle Gründe, um die Lebensarbeitszeit noch weiter auszudehnen. Das wollen wir nicht, und wir kämpfen mit Euch gemeinsam darum, dass das nicht geschieht. (Vereinzelt Beifall)

Ehrenamtlich wollen wir für diese Gewerkschaft, für unsere Gewerkschaften, für diesen DGB, sehr gern weiterarbeiten. Wir Senioren fordern aber von Euch ein klares Bekenntnis zu den Senioren. Sagt uns doch offen ins Gesicht, was Ihr wollt, oder sagt uns: Wir wollen Euch nicht. Denn dann wüssten die Senioren wenigstens, woran sie sind. Ich höre ständig von Annelie bei Seniorenveranstaltungen, wie hervorragend unsere Arbeit ist, wie gut wir sind, wie wichtig wir sind, und die Anerkennung wird uns versagt.

Auch wir Senioren zahlen 12 Prozent Beitrag an den DGB. Ich weiß nicht, wenn die Senioren nicht wären, ob das die Kassenlage des DGB und der Einzelgewerkschaften vertragen würde. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Klaus für Deinen Beitrag. - Wie ich eben schon angedeutet habe, haben wir nur diese eine Wortmeldung. Ich frage noch einmal in die Runde: Gibt es von Eurer Seite weiteren Diskussionsbedarf zu dem Geschäftsbericht, gibt es noch weitere Wortmeldungen zu dem Geschäftsbericht? Wer möchte dazu noch reden?

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Sache anmerken. Ihr seht von mir aus links das Redepult. Leider kann ich von meiner Position aus die Kolleginnen und Kollegen, die dahinter sitzen, nicht sehen. Wenn von denen Meldungen oder Gegenstimmen kommen, müsstet Ihr Euch nochmals melden, wenn Ihr merkt, dass ich Euch nicht gesehen habe. Das mit dem Redepult ist ein bisschen schade. Aber zusammen müssen wir auf diesem Kongress damit leben.

Jetzt nochmals die Frage. Gibt es von Euch noch Wortmeldungen zum Geschäftsbericht des Bundesvorstandes? - Dann will ich es auch nicht unnötig in die Länge ziehen. Ich sehe, es ist kein Diskussionsbedarf. Das ist dann nun einmal so. Dann bitte ich Michael Sommer, zu dem Redebeitrag von Klaus etwas zu sagen.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kolleginnen und Kollegen! Lieber Klaus, ich hatte mir vorgenommen und will mich auch daran halten, dass ich nichts zur künftigen Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes sage. Deinen Diskussionsbeitrag habe ich - Du erlaubst mir, wenn ich das sage - sozusagen schon als Vorbereitung für die Satzungsdebatte verstanden, die wir wahrscheinlich morgen Nachmittag und Abend führen werden. Ich gestatte mir deshalb, ein bisschen was anderes dazu zu sagen, nicht nur, weil ich in Zukunft sozusagen zu der Gruppe gehöre und so wie Ihr die Absicht habe, mein Leben lang Gewerkschaftsmitglied zu bleiben und sozusagen in anderer Form meinen Beitrag zu leisten.

Ich weiß, wie wichtig die Seniorinnen und Senioren für uns sind. Aber ich will auch etwas sagen, was möglicherweise den einen oder anderen nicht zufriedenstellt, was man trotzdem hier aber sagen muss. Ich erinnere mich noch ziemlich genau der Jahre 2008/09, als wir die neue Satzung des DGB vorbereiteten. Bei der Vorbereitung dieser Satzung habe ich mit sehr vielen Gewerkschaftsfunktionären darüber geredet: Was soll der DGB machen, und was soll er nicht machen? Was ist seine Aufgabe und was nicht? Ich habe damals ziemlich intensiv gehört, was wir nicht machen sollen. Ich habe dann die Frage anders herum gestellt.

Im Ergebnis dieser Diskussion war es völlig klar, dass uns die Gewerkschaften gesagt haben: Die mitgliedernahe Arbeit ist Sache der Gewerkschaften. Und dazu gehört auch die Seniorenarbeit. Wir haben gesagt: „Ihr habt eine Koordinierungsfunktion in dieser Arbeit. Insbesondere sollt ihr auch politisch koordinieren, ihr sollt bei dieser Arbeit zum Beispiel auch dann in Erscheinung treten, wenn es um den sogenannten Demographie-Gipfel der Bundesregierung geht und Ähnliches mehr. Aber, bitte schön, macht keine eigene Seniorenpolitik und auch keine eigene Seniorenstruktur auf.“ Das war die Maßgabe für die Satzung 2010.

Ich weiß, dass sich Annelie Buntenbach sehr darum bemüht hat, Seniorenpolitik in die Arbeit einzubeziehen. Ich weiß auch, dass sie sich sehr darum bemüht hat, dass wir auch mit den für die Senioren Verantwortlichen aus den Gewerkschaften gemeinsam im Bereich der Politik mitarbeiten. Und ich weiß auch, dass Menschen wie Du, aber auch andere aus der Tradition ihrer Gewerkschaften heraus sagen: „Nein, wir wollen eine eigene Personengruppe bleiben.“

Darüber wird dieser Kongress erneut entscheiden. Wenn ich das sagen darf, dann wird meine Empfehlung die sein, es bei dem Stand zu belassen, die Seniorenarbeit als gewerkschaftsnahe Mitgliederbetreuung zu halten und die Arbeit der Seniorenpolitik, nicht der Seniorenarbeit, im DGB zu koordinieren. Ob man die Koordinierungsarbeit an der einen oder anderen Stelle besser machen kann und muss, ob ich mir selber persönliche Versäumnisse ankreiden muss oder nicht, lasse ich mal dahingestellt. Ich glaube, wir wissen, wie wichtig die Erfahrung der Seniorinnen und Senioren für uns ist.

Aber die entscheidende Frage wird sein: Machen wir über die Koordinationsarbeit hinaus im DGB auch noch eine eigene Struktur? Insoweit sind wir der Auffassung, dass wir das nicht tun sollten. Das ist die Meinung des Bundesvorstandes, und das war auch die Meinung des letzten Kongresses. Deswegen nehme ich Deinen letzten Diskussionsbeitrag als einen Beitrag eines Kollegen, den ich sehr ernst nehme, entgegen.

Ich selber komme aus einer besonderen Gewerkschaftsstruktur. Ich war damals bei der Postgewerkschaft und später bei ver.di und weiß, wie wichtig Seniorenarbeit ist und mit welchem Nachdruck diese auch betrieben wurde. Aber wir stehen vor

der Frage: Welche Aufgabe hat der DGB? Der DGB ist für mich der politische Arm der Gewerkschaften. Er hat Dienstleistungen für die Gewerkschaften zu erbringen, aber vor allem Politik zu verallgemeinern und zusammenzuführen, auch in der Seniorenpolitik. Er hat darüber hinaus aber keine eigenen Mitgliederbetreuungsstrukturen aufzubauen. Ich finde, bei dieser Linie sollten wir auch bleiben. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Michael. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4: Geschäftsbericht des Bundesvorstandes abgeschlossen. Bevor ich den Tagesordnungspunkt 5 aufrufe, möchte Michael noch etwas sagen.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kolleginnen und Kollegen! Nicht dass Ihr Euch jetzt wundert. Der Strauß in meiner Hand ist nicht mein Blumenstrauß, den ich mir jetzt selber gebe. Aber wir haben ein Versäumnis nachzuholen und ich bitte auch um Verzeihung dafür. Erst gerade am Ende der Pause ist mir gesagt worden, dass die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, unsere Kollegin Bernadette Ségol, heute Geburtstag hat. Bernadette, happy birthday to you! (Starker Beifall – Michael Sommer überreicht Bernadette Ségol einen Blumenstrauß – Die Delegierten stimmen das Lied „Happy birthday to you“ an)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 5: Bericht der Mandatsprüfungskommission und Beschluss über die Gültigkeit der Mandate. Zur Entlastung des Bundesvorstandes ist die Anerkennung der Mandate notwendig. Daher bitte ich den Sprecher der Mandatsprüfungskommission, den Kollegen Andreas Gehrke, um seinen Bericht.

Andreas Gehrke, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

(Mit Beifall begrüßt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Auftrag der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission erstatte ich Euch den Bericht über die Prüfung der Mandate. Uns haben für die Prüfung alle notwendigen Meldeunterlagen in der aktuellen Fassung vorgelegen. Auf dieser Basis haben wir die Mandate der anwesenden Delegierten gemäß Ziffer 4.3 der Geschäfts- und Wahlordnung geprüft. Die Prüfung hatte folgende Ergebnisse:

Die Gewerkschaften haben 400 Delegierte zum Kongress gemeldet. Bis 13.45 Uhr haben sich 379 Delegierte persönlich am Kongress-Counter eingetragen und die Wahlunterlagen abgeholt.

Die Verteilung der Delegiertenmandate auf die Gewerkschaften richtet sich nach der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, für die zum Stichtag 31. Dezember 2012 an den DGB Beiträge abgeführt wurden. Nach diesem Schlüssel verteilen sich die Mandate auf die Gewerkschaften wie folgt: IG BAU 21 Mandate, davon zurzeit 20 anwesend, IG BCE 44 Mandate, davon alle anwesend (Beifall), EVG 16 Mandate, alle anwesend (Beifall), GdP 13 Mandate, davon zurzeit zwölf anwesend (Beifall), GEW 19 Mandate, davon zurzeit 17 anwesend, IG Metall 141 Mandate, davon zurzeit 134 anwesend, NGG 16 Mandate, davon alle anwesend (Beifall) und last but not least ver.di 130 Mandate, davon zurzeit 120 anwesend.

Von den 379 anwesenden Delegierten sind 172 weiblich. Der Frauenanteil beträgt damit 45,4 Prozent. (Beifall) Auf dem letzten Kongress 2010 lag dieser Frauenanteil bei 43 Prozent und vor 20 Jahren, 1994, bei 24,7 Prozent. Ich meine, es hat zwar ein bisschen gedauert, aber da ist durchaus ein Fortschritt erkennbar. (Beifall)

Den könnten wir allerdings durchaus auch bei der Altersverteilung gebrauchen; denn die Altersstruktur der anwesenden Delegierten stellt sich so dar: 9,5 Prozent sind bis zu einschließlich 27 Jahre alt, 5,5 Prozent sind zwischen 28 und 40 Jahre alt, 67,5 Prozent sind zwischen 41 und 60 Jahre alt und 17,4 Prozent sind über 60 Jahre alt.

Die jüngste Delegierte unter uns ist die Kollegin Jacqueline Kluge von der Gewerkschaft IG BCE mit 21 Jahren. (Beifall) Und der älteste Delegierte ist der Kollege Hans-Werner Schlicht von der Gewerkschaft EVG mit 78 Jahren. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der von uns vorgenommenen Überprüfung nach den Ziffern 4.3 und 5.2 der Geschäfts- und Wahlordnung stellt die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission fest, dass alle 379 Delegierten gültige Mandate besitzen. Für die Quoren heißt dies zurzeit: Die Zweidrittelmehrheit für satzungsändernde Anträge beträgt 253 Stimmen und die notwendige Mehrheit für eine Wahl im ersten Wahlgang beträgt 190 Stimmen.

Wir bitten den Kongress, den Delegierten auf der Grundlage unserer Prüfung die Stimmberechtigung zu erteilen. Vielen Dank. (Beifall)

Karola Pieschnik, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Das Präsidium empfiehlt Euch, dem Vorschlag des Kollegen Gehrke zu folgen und jetzt über die Gültigkeit der 379 stimmberechtigten Mandate den Anerkennungsbeschluss zu fassen. Ich bitte Euch jetzt, Eure roten Stimmkarten zu benutzen. Wer möchte der Empfehlung des Präsidiums folgen? - Die Gegenprobe! - Gibt es Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 6: Entlastung des Bundesvorstandes. Ihr habt eben beim Bericht der Revisionskommission Bertin Eichler gehört. Bertin Eichler hat den Antrag zur Entlastung des Bundesvorstands gestellt. Ich frage Euch: Gibt es zum Antrag von Bertin Wortmeldungen? - Wenn das nicht der Fall ist, möchte ich jetzt über den Antrag von Bertin Eichler zur Entlastung des Bundesvorstands abstimmen lassen. Wer den Bundesvorstand für die Tätigkeit der letzten vier Jahre entlasten möchte, den bitte ich jetzt um sein Stimmkartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Gibt es Enthaltungen? - Damit stelle ich fest, dass auch dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist. (Beifall) Schönen Dank. Damit können wir den Tagesordnungspunkt 6 abschließen.

Ich habe noch ein paar Anmerkungen. Zum einen bin ich gebeten worden, darauf hinzuweisen, dass die Kolleginnen und Kollegen, die sich - - (Zwei Personen verlassen die Bühne - Heiterkeit - Beifall) - Vielen Dank, Kollegen. Ihr seid entlastet und verlasst die Bühne.

Ich bin gebeten worden, noch einmal darauf hinzuweisen, dass noch nicht alle Kolleginnen und Kollegen ihre Wahlmarken und ihre Abstimmungskarte am Counter abgeholt haben. Das könnt Ihr jetzt heute Abend oder auch morgen früh nachholen. Aber ich habe die Bitte: Tut es auf jeden Fall, denn sonst könnt Ihr morgen bei den Wahlen nicht mitwählen. Ohne die Abstimmungsmarken ist eine Wahl für Euch nicht möglich. Das heißt auch für alle anderen: Vergesst die Wahlmarken nicht im Hotel, bringt die Stimmkarten und die Wahlmarken auf jeden Fall morgen früh mit.

Wir haben heute eine ganze Menge Papier bekommen, viel wichtiges Papier. Vielleicht ist aber auch das eine oder andere dabei, das ihr nicht zwingend braucht. Es werden an den Ausgängen Container bereitgestellt, da könnt ihr das nicht benötigte Papier entsorgen. Für persönliche Gegenstände hier im Raum wird selbstverständlich keine Haftung übernommen. Ansonsten wird alles, was Ihr auf den Tischen liegenlasst, auch liegengelassen, aber der Saal wird nicht abgesperrt.

Wir haben die ersten Fundstücke. Es ist eine Garderobenmarke mit der Nummer 965 GVS gefunden worden. Wer eine Garderobenmarke vermisst, kann sie an der Wortmeldestelle abholen.

Ansonsten haben wir jetzt ein größeres Problem. Weil Ihr Euch nicht so intensiv an der Diskussion beteiligt habt, wie wir eigentlich erwartet haben (Heiterkeit) - jetzt werdet Ihr sehen, was Ihr davon habt -, sind wir zu früh fertig. Aber die Busse, die uns zum Kongressfest bringen, sind erst um 18 Uhr hier. Das heißt, Ihr habt jetzt ausreichend Gelegenheit, Euch mit den Menschen, die Ihr heute Nachmittag getroffen habt, zu unterhalten, die Stände anzusehen, Kaffee zu trinken, Kaltgetränke zu Euch zu nehmen oder zu Kickern. Die Alternative wäre, dass ich Euch etwas vorsinge. (Heiterkeit - Beifall) Ihr wisst nicht, was Ihr da haben wollt. - Um 18 Uhr fahren die Busse zum Kongressfest. Auch ich freue mich sehr auf das Fest. Da können wir uns noch einmal toll unterhalten, und es ist auch dafür gesorgt, dass heute Abend Shuttlebusse zu Euren Hotels fahren. Die Antragsberatungskommission trifft sich um 17.30 Uhr. Bitte denkt daran, es sind noch sechs Minuten Zeit, um Abänderungs- oder Initiativanträge bei der Wortmeldestelle abzugeben.

Ich wünsche Euch einen schönen Abend, unterbreche den Kongress bis morgen früh um 9 Uhr. Viel Spaß! Bis gleich! (Beifall)

(Ende des 1. Kongresstages: 16.54 Uhr)

•